Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2019 *69. Jahrgang, Nr. 805/806*

Gute Nachrichten zum Jahresende: Opferrente wird angehoben

Laut Bundestagsbeschluss erhalten die Haftopfer ab November 2019 pro Monat 30 Euro mehr

Am 24. Oktober 2019 ist wieder ein Schritt getan worden, für den wir als Verband seit Jahren gekämpft haben: Der Bundestag hat eine weitere Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze beschlossen. Damit werden ab November 2019 einige Kernforderungen umgesetzt, die lange im Raum standen. Für die ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR ist die Beschlussfassung von wesentlicher Bedeutung. Das betrifft zum einen die Herabsetzung der bisher geltenden Frist für die Gewährung der Opferente von 180 auf 90 Tage. Dies wurde seitens der VOS immer wieder gefordert und noch in der letzten Freiheitsglocke eindringlich angemahnt. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass die Zersetzung von Persönlichkeiten und die Zerstörung von Lebensläufen nicht allein durch die Länge der Inhaftierung messbar sind.

Auch in der Höhe der Besonderen Zuwendung gibt es positive Änderungen geben. Hier ist eine Anhebung von 300 auf 330 Euro vorgesehen. Diese wird im Januar 2020 rückwirkend gezahlt. Weiter wurde beschlossen, dass Ausgleichsleistungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz von 214 auf 240 bzw. von 153 auf 180 Euro erhöht werden. Das genannte Gesetz sagt ferner aus, dass die Höhe der Zahlungen im Abstand von fünf Jahren überprüft bzw. neu festgelegt wird. Für ehemals verfolgte Schüler, die bisher noch keine Entschädigungen erhalten, sind ebenfalls Ausgleichsleistungen vorgesehen. Für Zersetzungsopfer des MfS, die bisher unberücksichtigt geblieben sind, wurden Einmalzahlungen von 1.500 Euro festgelegt.

Festzuhalten bleibt die ebenfalls angekündigte Verabschiedung eines Gesetzes zur Erforschung politisch motivierter Adoptionen in der DDR. Damit könnte der grundsätzliche Nachweis dieser staatlich gesteuerten menschenfeindlichen Praktiken erbracht, den Betroffenen geholfen und der SED-Staat durch ein weiteres Argument als Unrechtsstaat entlarvt werden.

Von Bedeutung ist auch die Aufhebung der ansonsten nur bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Frist für die Beantragung auf eine Rehabilitierung. Betroffene von Spezialheimen (oder vergleichbaren Einrichtungen) und Kinder, die allein aufgrund der Inhaftierung ihrer Eltern in ein Heim gesperrt wurden, wird grundsätzlich die Rehabilitierung ermöglicht.

Der Gesetzesentwurf als Ganzes wurde mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD und FDP verabschiedet. Die Oppositionsparteien waren bedauerlicherweise nicht bereit zuzustimmen. So enthielten sich die Abgeordneten von Bündnis 90/ Die Grünen und der Linken, während die AfD-Fraktion sogar dagegen stimmte.

Mit diesem Gesetz, das offenbar in letzter Minute auf den Weg gebracht wurde, sind wieder wichtige Verbesserungen erreicht wurden. Das ist erfreulich, dennoch muss gefragt werden, warum (erstens) dies nicht eher geschehen ist, wo (was man in der Freiheitsglocke stets nachlesen kann) immer mehr Betroffene sterben, die nun nichts mehr von den Verbesserungen haben, und warum (zweitens) in Sachen Opferrente nicht (und dies hatten die Betroffenen ausdrücklich gewünscht) eine automatische Erhöhung des Betrags kommen kann, sondern in einigen Jahren ein neuerliches Hauen und Stechen und ein Bitten und Betteln beginnt. Die VOS hatte unterbreitet, eine Erhöhung der Besonderen Zuwendung an den Steigerungssatz der Altersrente anzupassen oder aber im Abstand von fünf (oder weniger) Jahren den Betrag ohne Antrag und Neuvorlage um 30 Euro aufzustocken. Die Opfer stellen diese Fragen angesichts der politischen Entwicklung im Land. Kann man voraussehen, wer in fünf Jahren regiert? Jene Koalition, die derzeit aus Union und SPD besteht, wird es nach deren wiederholtem Bekunden nicht mehr geben. Und da wir erfahren, dass Bündnis 90 / Grüne und Linke Enthaltung übten, während die AfD das Gesetz gänzlich ablehnte, haben die ehemaligen Häftlinge wenig gute Erwartungen im Hinblick auf neue Regierungskoalitionen nach eben diesen fünf Jahren. Sind wir damit also am Ende der Fahnenstange angelangt?

B. Thonn

Allen Leserinnen und Lesern, allen Kameradinnen und Kameraden, ein besinnliches Weihnachtsfest und Glück und Gesundheit im neuen Jahr

Wieder ist ein Jahr vergangen, wieder stehen wir an der Schwelle zu einem neuen. Mit fällt – inzwischen zum 23. Mal – die Aufgabe zu, den Leserinnen und Lesern einen Rückblick auf das Vergangene und einen Ausblick auf das Kommende zu geben.

Ich glaube, einen wichtigen Stellenwert nimmt jener Gesetzentwurf (Seite 1) ein, der uns wieder einige Verbesserungen bringt. Wir haben damit erneut einen Erfolg errungen. Dabei benutze ich das Wort *errungen* mit voller Absicht, denn es war ein zähes, anstrengendes Bemühen, das wir über Jahre hin an den Tag legten. Aber wir hatten die Erfahrung früherer Anträge im Rücken, speziell als es um die Gewährung der Opferrente überhaupt ging. Wenn wir also weitere Fortschritte erreichen wollen, bleiben uns künftig solche Anstrengungen nicht erspart. Und tatsächlich wird es nicht anders gehen, als dass wir in kleinen Schritten und kurzen Zielen denken, und diese sollten auch konkret sein.

Erleichtert sein können wir vor allem wegen der Herabsetzung des Limits für die Gewährung der Opferrente auf nunmehr neunzig Tage. Sicherlich sind damit immer noch nicht alle ehemals Inhaftierten erfasst, aber wir haben in den vielen Jahren immer wieder Klagen vernommen, dass Betroffene dicht unter dem Halbjahreslimit liegen, und das war einfach ärgerlich. Vermutlich ist es eine vierstellige Zahl von Betroffenen, die nun durch unsere Bemühungen in den Kreis der Bezugsberechtigten aufgenommen werden. Wäre es nicht naheliegend, diese Kameradinnen und Kameraden zu uns in den Verband zu holen? Wir müssten nur einen Weg finden, sie anzusprechen und auf die VOS aufmerksam zu machen.

Da in 2020 die nächste Generalversammlung ansteht, sind auch inhaltliche Vorschläge für die nächsten Ziele gefragt. Wie können wir in regelmäßigen zeitlichen Abständen eine Erhöhung der Besonderen Zuwendung erreichen, ohne immer aufs Neue vor den Politikern auf die Knie fallen zu müssen? Dazu muss gefragt werden, warum keine Aufstockung analog zur jährlichen Anpassung an die Altersrente möglich ist. Wir hatten diesen Vorschlag mehrfach unterbreitet. Es würde vermutlich auf den jetzt beschlossenen Betrag von 30 Euro hinauslaufen, und doch könnte es uns die ständige Bettelei um weitere Erhöhungen ersparen. Wir alle werden nicht jünger, und irgendwann wird uns die Kraft schwinden, den Kampf um Verbesserungen weiterzuführen.

Auf ein Wort zum Jahreswechsel

Völlig in den Hintergrund ist das Thema Zwangsarbeit in den Lagern und Zuchthäusern gerückt. Wen können wir ansprechen und für uns gewinnen, wer aus unseren Reihen geht in die Offensive? Wo sind die Ansatzpunkte, um bereits bestehende Kontakte zu nutzen?

Unser Engagement sollte aber auch wieder mehr in die politische Richtung gehen. Die Öffentlichkeit bietet dazu genügend Anlässe. Es wird immer häufiger und immer realitätsferner darüber diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Sicherlich sind wir in der VOS uns einig, dass dem so ist. Es fanden niemals freie Wahlen statt, also war die Führung des Landes und mit ihr die SED durch kein mehrheitliches Bürgervotum legitimiert. 1953 wurde während des Juni-Aufstandes die Forderung nach freien Wahlen gestellt und offen die Wiedervereinigung zu einem ganzen Deutschland verlangt. Dieses von den Massen artikulierte Begehren wurde nicht angenommen. Stattdessen rollten die Panzer der Sowjets und walzten – nicht nur bildlich gesprochen – alles nieder. Damit wurde das elementare Recht des Volkes, sich frei für eine Regierung und eine Staatsform zu entscheiden, gebrochen. Seither hatte sich statt eines Wahlrechts der Zwang, sich dem Willen der SED zu beugen, verfestigt. In jenem Land, das die SED-Greise als Marionetten des Moskauer Regimes beherrschten, breitete sich das Unrecht weiter in alle Richtungen aus. Menschen wurden wegen anderer politischer Meinungen verhaftet und verurteilt, an der Grenze ließ die Regierung auf eigene Staatsbürger schießen, sie installierte hinterhältig Todesautomaten, an denen immer wieder Flüchtende ihr Leben verloren. Im zivilen Leben wurde ideologisch erpresst, bei politisch verdächtigen Personen fanden illegale Wohnungsdurchsuchungen statt, in die Wohnungen selbst baute man Abhörwanzen ein, die Post wurde überwacht und Autos wurden absichtlich beschädigt, damit die observierte Person nicht mobil war. Der Katalog der Maßnahmen ließ sich beliebig fortsetzen. Wäre es also nicht an der Zeit, dass unser demokratisch gewählter Bundestag eine Erklärung abgibt, in der der Staat DDR ein für alle Mal als Unrechtsstaat bezeichnet wird und fortan kein Widerspruch und keine anderslautende Wertung zugelassen wird? Die nächste Generalversammlung, die sich mit dem 70. Geburtstag der VOS verbindet, wäre ein Anlass, einen derartigen Antrag (siehe auch S. 19) an unsere Abgeordneten einzubringen und zu verabschieden. Es wäre ein Schritt nach vorn, und es wäre natürlich auch ein Prüfstein, wie sich einzelne Parteien positionieren.

In den Monaten vor und nach dem Jubiläum des Mauerfalls war zu beobachten, dass VOS- Mitglieder in den großen Medien nach ihren Lebensläufen, den Bespitzelungen und den Hafterlebnissen befragt wurden. In der vorigen Ausgabe wurde über Jürgen Krahn berichtet, der in Magdeburg inhaftiert war. Das war eine ZDF- Sendung, die von vielen Menschen gesehen wurden. Nunmehr hatte auch unsere amtierende Bundesvorsitzende May-Britt Krüger Gelegenheit, an einer Talk-Runde des Süd-Westfernsehens teilzunehmen. Es ging um das Thema Wahrheit, das natürlich auch andere Geschichtsabschnitte beleuchtete. Mein Fazit: Dies war eine Sendung mit tiefgehenden Gesprächen, in der Kameradin Krüger viel Aufmerksamkeit zuteil wurde und wo sie die Belange und Schicksale unserer Opfergruppe würdig vertreten hat. Ich sehe darin ein Signal, dass wir wieder mehr Beachtung finden. Und ich wünsche mir, dass wir mit Optimismus ins neue Jahr gehen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Der 9. November 1989 und die Tage danach.
Wie VOS-Mitglieder die Maueröffnung erlebten.

Titelseite
In kleinen Schritten Vergünstigungen für einen kleiner werdenden Kreis von Betroffenen
Weitere Verbesserungen. Reicht das?

***Redaktionsthema*:**
Das neue Gesetz, könnte uns zu neuen Mitgliedern verhelfen
Wie erreichen wir die Neu-Bezieher? 2

Politische Arbeit an Schulen ausbauen
Landesbeauftragter NRW Heiko Hendriks lädt am 9. November zu Gedenkveranstaltung nach Düsseldorf ein 4

Es war und ist für mich nicht immer leicht
Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich mit einem persönlichen Appell 5

Das ist wichtig und macht mir Freude
Kamerad Siegfried Müller zieht ein sehr nachdenkliches Fazit zur Situation im heutigen Deutschland 6 – 7

Im Sinne der Opfer und des Widerstands: Unrecht hat kein Verfallsdatum
Klare Worte aus der Politik. Endlich 8

Politik: Endlich den „reset"-Knopf drücken
Hat die Regierungskoalition mit einer ertrinkenden SPD noch einen Sinn? 9

Verschwiegen, aber nicht vergessen
Edeltraut Eckerts Mut überstrahlt die unfassbare Tragik ihres Todes 9

Knast heute: Der Ball muss rund und die Zelle bequem sein
Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Vollzugseinrichtung Bochum 10 – 11

Es war mehr als ein feucht fröhlicher Karnevalsabend
Erinnerung an die Grenzöffnung 13

Aufarbeitung darf sich nicht nur um NS-Diktatur drehen
Ein Vortrag an der Ursulinenschule Werl in NRW 14

An einem grauen Tag im Dezember
Gedenktafel erinnert an Besetzung der Potsdamer Stasi-Zentrale 15

Das, was Deutschland fehlt
Ein zentraler Ort für die Verbrechen der SBZ-, SED- und DDR-Diktatur wäre wichtig 16

Ein Besuch mit unrealistischen Erwartungen
Vor 38 Jahren trafen Helmut Schmidt und Erich Honecker in Güstrow aufeinander 16

Der Blick auf die Wirklichkeit fehlt
Karl Marx und sein umstrittenes Werk hat in der VOS nicht nur einen Kritiker 17 – 18

Gleich am frühen Morgen ging es los
Der erste Besuch im Westen mit Durchlass am Grenzpunkt Marienborn 18

Ein für allemal und für alle Klarheit schaffen!
VOS fordert vom Deutschen Bundestag eine offizielle Erklärung zum Thema Unrechtsstaat 19

Denkmalpflege: Note ungenügend
In Neubrandenburg herrschen an Gedenkstätte trübe Verhältnisse 19

Die besondere Lyrik-Seite in der Fg
- Gesellschaft und Schwermetall
- Erinnerung an Charta 77 20

LStU Sachsen: Rezension, Kommentar 9, 10, 15
Zitate, Tagebuch der kritischen Gedanken 10, 13
Forderung, Briefe, Ehrung 11, 13, 19
Nachrufe, Verstorbene 19
Impressum / Lyrik 20

Danke den Spendern. Die VOS wird 70

Christel Haustein, Dr. Bernd Palm, Wilfried Seifert, Hans Stein, Manfred Krafft, Jürgen Weisbach, Michael Krug, Carmen Lorenz, Roland Steinbach, Hartmut Reich, Sabine Steckroth, Wilfried Rohleder, Siegfried Grulke, Joachim Gartzke, Beate Rusch, Heinrich Werner, Hans-Günter Bellmann, Manfred Schultz, Günter Jäger, Hans-Joachim Keferstein, Frank-Michael Nemetz, Günter Meise, Günter Hammer, Eberhard Kaduk, Wolf-Peter Schmidt, Gerd Ahnert, Bernd Noll, Karl-Gunter Wehling, Othmar Ballmaier, Dr. Georg Steinhagen, Irma Sann, Erika Noack, Helmut Günther, Dr. Michael Dosch, Karl-Heinz von Pohlheim, Gisela Gärtig, Friderun und Egon Seel, Alexander Richter, Rotraut und Detlef von Dechend, Erhart Krätzschmar, Klaus-Ludwig Goos, Manfred Fenner, Rudolf Schrader, Fritz Schaarschmidt, Jörg Petzold, Hans-Joachim Markgraf, Bernd Schnabelrauch, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Karl-Heinz Ulrich, Hans-Georg Metzsch, Stefan Hensel, Martina und Uwe Rutkowski, Hede Ehrlich.

Nächste Ausgabe: Berichte Peter Heubach, Jörg Bilke, Gisela Härtel, Nachruf auf Harald Möller. Und weitere.

Lange wurde darum gekämpft, nun wurde am 5. Dezember die Gedenktafel feierlich eingeweiht. (Foto: ARK)

9. November: Ein denkwürdiger Tag von welthistorischer Bedeutung

Landesbeauftragter Heiko Hendriks und Chef der Staatskanzlei Liminski legen Kränze nieder

Anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls legten bei einer Gedenkveranstaltung in Düsseldorf Chef der Staatskanzlei Liminski und der Landesbeauftragte Hendriks gemeinsam mit Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus am Mahnmal der Berliner Mauer in Düsseldorf Kränze nieder

Am 9. November 2019 jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal. Anlässlich des Jahrestags legten Nathanael Liminski, Chef der Staatskanzlei, und Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, am Mahnmal der Berliner Mauer in Düsseldorf in der Nähe des nordrhein- westfälischen Landtags Kränze nieder.

Auf Einladung des Beauftragten Hendriks und der VOS NRW fanden sich rund 60 Gäste am Mahnmal ein, um gemeinsam an die Ereignisse vor 30 Jahren zu erinnern. Neben Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden für Opfer der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wie dem Frauenkreis der Hoheneckerinnen oder der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge, nahmen auch nicht organisierte ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR sowie Gäste aus Wissenschaft und Politik teil.

Der Chef der Staatskanzlei Nathaniel Liminski sagte: „In der DDR wurden Menschen, die sich für faire Wahlen und freie Meinungsäußerung einsetzten, ins Gefängnis gesperrt. Dieser Staat ließ auf seine Bürgerinnen und Bürger schießen, wenn sie das Land verlassen wollten. Ein solcher Staat ist zweifellos ein Unrechtsstaat. Nicht diejenigen, die diese Tatsache aussprechen, greifen die Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland an. Nein, jene, die all das relativieren und verharmlosen, fügen den Opfern jahrzehntelanger Unterdrückung im real existierenden Sozialismus einmal mehr Unrecht zu. Unsere Gedanken sind heute bei diesen Opfern. Unser Dank geht heute an alle, die vor 30 Jahren gegen die Zustände in der DDR mutig auf die Straße gingen und die Diktatur zum Einsturz brachten.“

Mit der Kranzniederlegung soll einerseits die Freude über den Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden. Andererseits soll derer gedacht werden, die wegen der Mauer Haft, Folter und Unterdrückung erleiden mussten oder gar ihr Leben verloren.

„Weil der 9. November für die deutsche Geschichte eine ambivalente Bedeutung hat und wir heute auch der Opfer der Reichspogromnacht gedenken, möchte ich ganz besonders darauf hinweisen, wie wichtig es ist, populistischen Strömungen und totalitärem Gedankengut immer wieder entschieden entgegenzutreten“, sagte der Beauftragte Hendriks (Foto links). Hierfür sei es unabdingbar, in Schulen und bei der Jugendarbeit die historisch- politische Bildung weiter zu fördern und politische Beteiligung und Demokratiebildung zu unterstützen. „Nur so wird der Geist von Freiheit und Demokratie, für den vor 30 Jahren Hunderttausende auf die Straße gegangen sind, dauerhaft bewahrt bleiben.“

Felix-H. Holtschke, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Nordrhein-Westfalen, fasste die Bedeutung dieses Tages zusammen: „Der 9. November 1989 war ein denkwürdiger Tag von welthistorischer Bedeutung. Ein Freudentag für all diejenigen, die dafür kämpften, dass diese Schreckensmauer der Teilung eines Volkes mit friedlichen Mitteln nach 28 Jahren endlich zum Einsturz gebracht werden konnte. Und ein Tag der Hoffnung für alle unterdrückten und zwangsweise getrennten Völker in aller Welt, die damals wie heute noch immer für ihre Freiheit und Einheit kämpfen müssen.“

Presse-Information d. Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW

Anm. d. Red.: *Die VOS dankt Herrn Hendriks für die Ausrichtung der Gedenkfeier sowie ihm und Herrn Liminski für die wichtigen Redebeiträge. Dank geht ebenfalls an Frau Dr. Flegel und Herrn Dr. Hoffmann von der Ruhr Uni Bochum für ihre Teilnahme.*

Für die VOS gibt es keinen Ersatz, auch wenn das mancher meint

Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich mit einem Appell an die Mitglieder des Verbandes

Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden,
am Ende eines an Ereignissen und Gedenkanlässen reichen Jahres möchte ich mich mit einem eindringlichen Appell an euch wenden. Es sind wenige Wochen vor Erscheinen dieser Fg-Ausgabe zwei Austrittserklärungen bei mir eingegangen, über die ich sehr bestürzt war. Die Absender haben nichts miteinander zu tun und kennen sich nicht einmal. Während der eine Kamerad fast drei Jahrzehnte in der VOS aktiv ist und in dieser Zeit oft mehrfach Beiträge in unserer Zeitung veröffentlicht hat, die uns alle aufhorchen ließen, ist der andere erst einige Jahre bei uns, Beide geben an, unzufrieden und enttäuscht zu sein. Die VOS ist nicht der Grund. Es kann nicht am Verband liegen, denn ich selbst habe beiden Kameraden häufig Kontakt gehalten (der Redakteur ebenfalls). Ich bin, und daraus mache ich keinen Hehl, schwer enttäuscht.

Ich bin selbst seit Jahrzehnten Mitglied in der VOS. Ich habe Wochen und Tage in der Bundesgeschäftsstelle zugebracht, dies ehrenamtlich. Selbst an Wochenenden war und bin ich oft hier erreichbar. Ich habe die häufig wechselnden Vorstände unterstützt und mich selbst im Vorstand eingebracht. Ich bin oft genug deutschlandweit vor Ort gewesen und habe in den Bezirksgruppen zugehört, wenn mir die Kameradinnen und Kameraden ihre Probleme, aber auch ihre Erfolge schilderten. Nicht wenige Mitglieder waren es, die mich anlässlich ihrer privaten Feiern wie 90. Geburtstage einluden, die ich in entfernten Gegenden besucht habe.

Dies alles war keineswegs immer leicht. Oft genug musste ich Tätigkeiten verrichten, die eigentlich Sache des Vorstands gewesen wären. Ich war zu Gedenkveranstaltungen, leider auch zu Beerdigungen, und ich habe stets die Verbindung zu den Landesbeauftragten gesucht. Mitunter musste ich, die Eile gebot es, bis an die Küste reisen, um vom VOS-Vorstand eine notwendige Unterschrift zu bekommen.

Vieles davon lief zur Entlastung der VOS-Finanzen über meine private Bahncard.

Hinter mir liegen zahllose Reise-Kilometer im Auftrag der VOS und unendlich lange Telefongespräche, die zu führen gar nicht zu meinen Aufgaben gehört hätte. Ich habe fast nie gefragt, ob ich all das tun muss, sondern ich tat es, um die Betroffenen zu unterstützen, aber genauso wollte ich den Verband, unsere VOS, am Leben erhalten.

Mir ist dieser Verband wichtig, weil er die letzte wirkliche Bastion der Wahrheit und des Widerstands ist, und dies gerade in einer Zeit, in der ein heilloses politisches Durcheinander herrscht und wo die Verklärung der untergegangenen Diktatur geradezu bis zur Peinlichkeit vorangetrieben wird. Wir als Opfer drohen zunehmend in der Versenkung zu verschwinden.

Sicherlich kann nicht jedes VOS-Mitglied so aktiv sein und auch nicht eine solche Verbundenheit mit dem Verband bekunden. Ich weiß, dass es Kameraden gibt, die – alters- oder krankheitsbedingt – völlig passiv sind und die nichts tun, als auf die Freiheitsglocke zu warten, ihren Beitrag bezahlen und sich durch eine Spende erkenntlich zeigen. Manch einer wagt inzwischen nicht einmal in seiner Umgebung den Mund aufzumachen und an das Leid und Unrecht der Vergangenheit zu erinnern. Ein anderer traut sich gegenüber den Nachbarn nicht mal zuzugeben, dass er die Opferrente bezieht, weil er (oder sie) Angst vor Vorwürfen, Neid und Schmähungen hat. Und doch ist für diese Betroffenen die VOS von großer Wichtigkeit. Denn hier sind die vereint, die das gleiche Schicksal hatten und haben. Wir können es immer wieder in der Freiheitsglocke nachlesen. Und unser politischer Auftrag, unser Vermächtnis, ist längst nicht zu Ende. Ich blicke nach Hongkong, wo sich tapfere Menschenmengen gegen eine offene Diktatur wehren. Ich blicke nach Russland oder in die Türkei – erinnert uns nicht vieles, was dort passiert, an jene Zustände, die uns damals zur Ablehnung des SED-Regimes und zum Widerstand führten? Wer sich heute einsam, enttäuscht und verloren fühlt, soll bitte nicht resignieren. Alt zu werden ist kein Makel und muss keine Not sein. Wer die Freiheitsglocke liest, der sieht, dass wir immer noch viele sind, dass wir, wenn auch erst nach mehrfachem Räuspern, gehört werden. Der jüngste Gesetzesbeschluss (Seite 1 dieser Ausgabe) zeigt es. Wir haben immer wieder Durststrecken, und wir werden trotz einiger Neuzugänge, was an sich sehr erfreulich ist, in der Mitgliederzahl sicher weiter schrumpfen. Alles findet ein Ende, sogar der Kommunismus und seine Idee. Ich möchte mich selbst nicht in den Vordergrund stellen, aber ich hatte selbst ein schweres Jahr. Eine unangenehme Operation, dann kürzlich einen Einbruch in meine Wohnung, bei dem die Diebe wichtige Dinge mitnahmen und ein wüstes Schlachtfeld hinterlassen haben. Aber es gibt mich noch, ich bin wieder aufgestanden und habe eine Heimat in der VOS.

Ich möchte daher an alle, die mit dem Gedanken des Austritts aus dem Verband spielen, appellieren, diesen verhängnisvollen Schritt genau zu überlegen. Man schadet eher sich selbst und wird noch unzufriedener als vorher.

Meine Hauptaufgabe ist die Beratung und Betreuung und dies in erster Linie für die in Berlin lebenden Betroffenen.

Am 01. Oktober hätte ich in Altersrente gehen können, dies jedoch verschiebe ich auf unbestimmte Zeit und bleibe der VOS voll erhalten.

Vom 22. bis 24. April 2020 werden wir einen Festakt zum 70-jährigen Bestehen der VOS und zu 30 Jahren Deutschen Einheit in Berlin begehen. Es gibt noch viel zu organisieren.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
euer Hugo Diederich

Für mich stehen Wahrheit und Stolz an erster Stelle

Siegfried Müller vom VOS-Landesverband Sachsen zieht anlässlich seines 90. Geburtstages eine umfassende Bilanz und setzt sich mit der politischen Situation in Deutschland auseinander

Ärger, Wut, Verzweiflung, trotz allem aber auch Hoffnung, bestimmen die Gedanken unseres Kameraden Siegfried Müller, der nach nunmehr neunzig Lebensjahren und drei Jahrzehnten Mitgliedschaft in der VOS die politischen Verhältnisse im heutigen Deutschland auf den Prüfstand seiner kritischen Betrachtungen stellt und mit etwa zwanzig Zeitzeugen-Veranstaltungen pro Jahr sehr viel für die Aufarbeitung der Ära des Kommunismus tut, sich aber gleichzeitig auch nicht scheut, Probleme und Missstände anzusprechen, zu denen die Verantwortlichen im Land schweigen.

Lesen Sie nachstehend das beeindruckende Fazit eines gestandenen und dennoch nicht unkritischen VOS-Mitglieds.

Ich bin wirklich bald am Ende. Die linke Meinungsmache in Deutschland und vieles andere lassen mich fast verzweifeln. Dennoch gehe ich sehr oft in Schulen und Einrichtungen, um Vorträge über mein eigenes Schicksal und die Zeit des kommunistischen Unrechts zu halten. Allein in diesem Jahr waren es an die zwanzig Einladungen, die mich sogar über die Grenzen des Bundeslandes Sachsen hinausführten. Und ich tue dies gern, denn es ist wichtig und macht mir Freude. Es ist ein Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte von Jahrzehnten des Unrechts. Dabei finde ich es immer wieder erstaunlich, wie viele Menschen zu so einem Vortrag kommen. Es sind sowohl Jüngere wie auch Ältere, Männer und Frauen mit schulpflichtigen Kindern. Es ist mir auch ein Anliegen, die Vorträge ehrenamtlich zu halten, ich verlange nicht einmal die Erstattung der Fahrtkosten, bin aber erfreut, wenn die Besucher meine Bücher erwerben, weil sie sich dadurch weiteres Wissen aneignen können.

Eines steht für mich fest: Das Unwissen der jüngeren Generationen bezüglich der Geschichte der Nachkriegszeit ist nach meiner Erfahrung erschreckend. Manchmal habe ich den Eindruck, dass das falsche oder fehlende Bild der wahren Geschehnisse verschiedenen Politikern eher zupass kommt oder dass sie sogar selbst keine hinreichenden Kenntnisse besitzen. Für mich ist es wichtig, dieses Unwissen wenigstens zum Teil zu beseitigen. Ich habe die Zeit selbst erlebt und kann mich an vieles erinnern. Für mich steht die Wahrheit an erster Stelle. Worüber ich berichte, das sind Tatsachen, die mein eigenes Erleben geprägt haben. Ich bin mir fast sicher, dass im Publikum oft genug Vertreter der Linken sitzen, die sich über Leute wie mich informieren wollen. Das stört mich jedoch nicht. Ich nenne die Brutalität des Kommunismus, wie ich ihn erlebt habe, beim Namen, ohne allerdings das Wort Hass zu benutzen. Denn Hass als Eigenschaft ist mir fremd, und darin stimme ich mit vielen Kameradinnen und Kameraden überein.

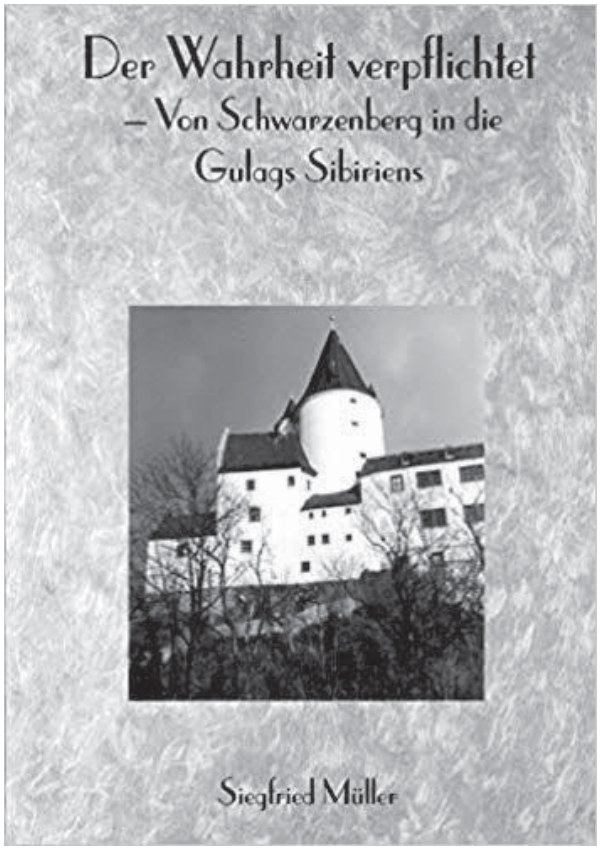
Was ist an dem, was ich tue, unzureichend und was ist richtig? Richtig ist es, einen Beitrag zu leisten, um wahre Geschichtsbilder zu vermitteln. Unzureichend ist die trotz der guten Resonanz meiner Vorträge übrige öffentliche Aufklärung. Das linke Spektrum ist in Deutschland unübersehbar breit geworden. Ich kann es nicht anders bezeichnen. Die linke Denkweise gewinnt immer mehr Einfluss, die Anhängerschaft wächst. Wenn in Politik und Medien über die Bedrohung und Beschimpfung von mutigen Politikern geklagt wird, die von rechtsextremen Elementen angefeindet werden, so kann ich dem entgegenhalten, dass auch mir schon Anrufe zuteil geworden sind, in denen es hieß: „Alter, hör auf mit deinen Märchenstunden, oder hast du Lust auf Zahnarztbesuche?“ Ich finde das beängstigend, und mich stört, dass sich dafür keine Presse und keine Abgeordneten interessieren. Dennoch werde ich mich nicht einschüchtern lassen und trage für alle Fälle meine speziellen Waffen bei mir.

Ich kam als Minderjähriger für viereinhalb Jahre in Haft, ich wurde bis in die Gulags nach Sibirien verschleppt, musste unvorstellbar harte Zwangsarbeit verrichten und bei eisiger Kälte in unbeheizten Baracken übernachten. Ich kam ausgehungert und körperlich ruiniert zurück und geriet sofort in die Strukturen des SED-Staates. Für mich kam es nie in Frage, in den Westen zu gehen, zu sehr habe ich meine Heimat geliebt.

Ich habe all dieses Leid auf mich genommen, obwohl ich nichts und niemandem etwas getan habe, was in irgendeiner Weise mit Gewalt oder Missachtung von Menschenrechten zu tun hatte, sondern ich bin schlicht zum Opfer geworden, weil die politischen Machtverhältnisse wieder einmal unschuldige Opfer gebraucht haben. Ich gehöre auch nicht zu denen, die nach Rache oder Bestrafungen schreien. Ich erwarte jedoch, dass mein Schicksal, mein Lebensweg und die damit verbundenen Unrechtsverhältnisse anerkannt werden. Und ich stehe dafür, dass jene Betroffenen, meine vielen nicht mehr lebenden Schicksalsgefährtinnen und -gefährten, heute nicht als Faschisten, Nazis oder sonstige Verbrecher diffamiert werden. Denn dies geschieht, indem die Wahrheit totgeschwiegen und verleugnet wird. Glaubt denn wirklich jemand, dass man einen 16- oder 17-Jährigen, der plötzlich eine Waffe in die Hand gedrückt bekommt und diese dann noch nicht mal benutzt, ganz pauschal als Mörder abtun darf? Man schaue sich vergleichsweise das heutige Strafrecht an, so wird man begreifen, ab wann junge Menschen denn überhaupt als strafmündig gelten dürfen.

Ist es also respektlos oder vermessen, wenn ich mich gegen die Wortwahl unserer Politiker wende? Wenn selbst CDU-Politiker erklären, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen und ohnehin liege alles viel zu lange zurück, also könne man die Vergangenheit der SED bzw. Linken ausblenden und über Koalitionen mit dieser Partei nachdenken. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich auf Frau Merkel als höchste Repräsentantin unseres Landes zeige und ihr die Verantwortung am spürbaren politischen Linksruck zuschreibe. → **Seite 7**

Ich bin mir sicherlich vieler bürgerlicher Freiheiten und Vorzüge bewusst, die wir uns erkämpft haben, und doch ist es meiner Meinung nach mehr als nur ein Gefühl, wenn ich manchmal denke, diese DDR ist wieder zurückgekommen.



Ich lebe in einem kleinen Ort, der politisch offenbar nicht so wichtig ist. Hier war bei der Landtagswahl die AfD fast so stark wie die CDU. Das war früher anders, aber damals beachtete man uns auch noch. Dass die Menschen, die die AfD wählen, für ihr Verhalten beschimpft werden, kann doch aber nicht der richtige Weg sein. Sollte man nicht vielmehr etwas dafür tun, wenn man sie zurückgewinnen will. Eine Partei ist dann gut, wenn sie gute Konzepte hat und die Menschen überzeugt, vor allem wenn sie zu ihnen kommt und mit ihnen spricht. Ich muss kein Prophet sein, wenn ich erkläre, dass sich die Machtverhältnisse in Deutschland weiter verschieben werden. Wir haben in Thüringen erlebt, wie das geht. Ein moderat sich gebender linker Ministerpräsident wird von allen Seiten hofiert. Eine neue Art Landesvater. Kann es aber nicht sein, dass sich plötzlich ein Wolf aus dem Schafpelz schält? Wir kennen aus der DDR-Zeit das Wort Partei-Disziplin. Es gab in der SED keine Ausnahmen und Alleingänge. Warum sollte das heute anders sein?

Letztlich muss ich die Frage stellen, welche Rolle unser Verband noch spielt und wie man mit uns Opfern umgeht. Ich stelle ganz unverblümt die Frage: Wo werden wir, die VOSler, noch wahrgenommen? Haben wir uns nicht zu lästigen, armseligen Bittstellern rückentwickelt, die um die Gunst der Politiker buhlen müssen? Sicher, man erinnert sich an uns, wenn Anlässe wie der Mauerfall anstehen oder etwa wenn Frau Merkel einen Stasi-Knast besucht, damit sie dann endlich mal aus der Nähe sieht, was sich in der DDR abgespielt hat und dass es auch die Häftlinge und nicht nur die Bürgerrechtler waren, die man mit Gewalt und psychischem Terror zermürbt hat. Soweit ich informiert bin, sind wir nicht mal zu den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des Mauerfalls eingeladen worden. Geht es noch schlimmer?

Ich würde mir wünschen, dass unsere VOS wieder stark wird und dass unsere Vorstandsmitglieder mit erhobenem Haupt in die Öffentlichkeit gehen. Auch wenn wir alt und zahlenmäßig nicht mehr viele sind, sollten wir wenigstens unseren Stolz, den Mut zur Wahrheit und die eigene Meinung behalten. Ansonsten werden wir untergehen, und das dann auch noch ausgesprochen schmählich.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Siegfried Müller

Das Buch von Siegfried Müller **„Der Wahrheit verpflichtet“** *ist bereits vor 15 Jahren in der Freiheitsglocke ausführlich vorgestellt worden und auf großen Zuspruch gestoßen. Es hat bis heute nichts an Bedeutung und Aktualität verloren. Zu beziehen beim Autor, im Internet oder über die Bundesgeschäftsstelle der VOS.*

Der Autor und sein Buch

Über Siegfried Müller

Siegfried Müller, geboren 1929, wuchs im Erzgebirge in Sachsen auf. Als Jugendlicher erlebte er hier den Zusammenbruch des Dritten Reiches und wurde im Herbst 1945 ohne Angabe von Gründen verhaftet. Nach einer Odyssee durch stalinistische Lager in der sowjetisch besetzten Zone und in Sibirien kehrte er 1950 nach Hause zurück. Er blieb in der DDR, arbeitete in verschiedenen Berufen und gründete eine Familie.

Mit dem Ende der DDR endete auch die ihm auferlegte Schweigepflicht und er begann, über seine Erlebnisse auch öffentlich zu sprechen. 1997 fuhr er mit ehemaligen Leidensgefährten noch einmal nach Sibirien, um ein filmisches Zeitzeugendokument zu erstellen. Noch einmal kehrten sie an jene Orte zurück, wo sie als Jugendliche Schlimmes erleben mussten.

Anhand seines eigenen Schicksals malt Siegfried Müller mit seinem Buch ein eindrückliches Bild von den Jahren nach 1945. Besonders für die Leser, die eine Beziehung zu Schwarzenberg und Umgebung haben, ist dieses Buch aufschlussreich. Sie werden so manches Wissenswerte über die Geschehnisse in dieser Gegend Deutschlands am Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren. Es gelingt Siegfried Müller, etwas, was man nur sehr schwer in Worte fassen kann, so detailliert zu beschreiben, dass der Leser innerlich den Leidensweg des Autors klar vor Augen hat und ihn auf diesem Weg begleitet – ein Weg, der ihn als Jugendlichen aufgrund von falschen Anschuldigungen von 1945 bis 1950 durch sowjetische Gefängnisse und Lager bis in die Weiten Sibiriens geführt hat.

"Der Wahrheit verpflichtet" ist keine Abrechnung, sondern ein Erzählen dessen, was nie vergessen werden darf. Als Warnung für die Gegenwart und die Zukunft.

Dieser Mut war keine Selbstverständlichkeit

Gitta Connemann mit deutlichen Worten zur Deutschen Einheit

Am 6. Juni 2019 hielt die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Gitta Connemann eine wichtigle Rede, in der sie die historische Bedeutung der Wiedervereinigung und den Anteil der Widerständler und Opfer hervorhob. Nachfolgend der Wortlaut aus der 104. Sitzung dieser Wahlperiode – nach Aufzeichnung im Deutschen Bundestag.

Wo waren Sie am 9. November 1989? Zu Hause? Bei Freunden? Oder in einem Gefängnis der Staatssicherheit? Jeder von uns weiß es. Dieses Datum hat sich in unser Gedächtnis, in das Gedächtnis unserer Nation, eingebrannt; denn an diesem Tag fiel die Mauer.

Fiel sie? Nein. Bürger in der DDR brachten sie zum Einsturz, weil ihre Sehnsucht nach Freiheit, nach Demokratie größer war als ihre Angst. Ich kann nur sagen: Was für ein Mut! Das Datum markiert Ende und Anfang zugleich. Damit endete jahrzehntelanger Widerstand gegen Unrecht, Unfreiheit und Planwirtschaft. Manchmal wurde dieser im Westen sichtbar – wie beim Arbeiteraufstand, bei den Friedensgebeten oder dem Sturm auf die Prager Botschaft.

Einen hohen Preis in den Gefängnissen gezahlt

Mir und uns ist besonders wichtig, heute auch an die frühen Wegbereiter der Friedlichen Revolution zu erinnern, an die Bürger, die sich in den 50er-, 60er-, 70er-Jahren gegen das System auflehnten und in Gefängnissen einen hohen Preis für ihren Mut zahlten. Vor ihnen und ihren Familien verneige ich mich, verneigen wir uns heute.

Ein „historischen Schwachsinn“

Aber der 9. November 1989 war auch der Beginn eines Deutschlands, an das viele nicht mehr glauben konnten, manche auch nicht mehr glauben wollten. Meine Damen und Herren von den Linken, Ihr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine bescheinigte der DDR, unter Erich Honecker – Zitat – „ein wirtschaftlich leistungsfähiger, innenpolitisch stabiler und außenpolitisch selbstbewusster Staat geworden“ zu sein. Er bezeichnete die Wiedervereinigung im Jahr des Mauerfalls als – Zitat – „historischen Schwachsinn“. Ein Schlag ins Gesicht der SED-Opfer! (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]: Was war denn mit Helmut Kohl?)

Wie gut, dass es Politiker gab, die sich an die Präambel unseres Grundgesetzes erinnerten, die größer dachten – so wie Helmut Kohl. Gemeinsam mit George Bush und Michail Gorbatschow stellte er entscheidende Weichen. Für uns als Union war die Wiedervereinigung nie ein Lippenbekenntnis, sondern immer Herzensangelegenheit. *(Beifall bei der CDU/CSU)* Aber am Ende wäre die Friedliche Revolution ohne den Mut der Menschen nicht möglich geworden. Dieser Mut war keine Selbstverständlichkeit. Hand aufs Herz: Wer von uns wäre bereit gewesen, den hohen Preis dafür zu zahlen?

Manche glorifizieren noch heute bzw. wieder die DDR, auch Teile der Linken. Für mich ist das Geschichtsklitterung. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Regimekritiker spüren das bis heute: Ihre Kinder wurden ihnen weggenommen, zur Adoption freigegeben. Die Lebensentwürfe von politisch Verfolgten wurden zerschlagen, ihre Familien in Sippenhaft genommen. Oppositionelle wie unser Kollege Arnold Vaatz wurden ins Gefängnis geworfen –weil er anderer Meinung war. Manche bezahlten mit ihrem Leben. Nur 200 Meter von hier erinnern uns jeden Tag die Holzkreuze daran. Diese Mahnmale sind wichtig – gegen das Vergessen. Deshalb ist für uns in der Union auch die Arbeit in den Gedenkstätten und an Erinnerungsorten wie Hohenschönhausen, Hoheneck, Plauen oder Leipzig, um nur einige zu nennen, unverzichtbar.

Wir danken den Menschen, die diese Arbeit dort tun. Danke schön! (*Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP*) Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir erleben es jeden Tag hier im Deutschen Bundestag. Sie, meine Damen und Herren von der AfD, missbrauchen demokratische Rechte, um am Ende unsere Demokratie auszuhöhlen. (*Beatrix von Storch [AfD]: Was für ein Schwachsinn! – Weitere Zurufe von der AfD*) Deshalb ist es auch ein Hohn, dass Sie sich die Losungen und Bilder der Friedlichen Revolution aneignen. Wie gut, dass es Gerichte gibt, die Ihnen genau dies verbieten. (*Beifall bei der CDU/ CSU sowie bei Abgeordneten der SPD*) AfD und die Montagsdemos der Friedlichen Revolution haben nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun.

Unrecht hat kein Verfallsdatum

Wir, die Union, ziehen keinen Schlussstrich. Auch 30 Jahre später müssen die Opfer Gerechtigkeit erfahren. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution darf nicht an Bedeutung verlieren. Deshalb haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner diesen Antrag auf den Weg gebracht, liebe Katrin Budde. Deshalb werden wir übrigens auch das Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht abschaffen, sondern weiterentwickeln. Die Akten werden nicht nur uneingeschränkt zugänglich sein, sondern auch für die Zukunft gesichert. Denn auch nachfolgende Generationen sollen erforschen und erfahren können, welches Unrecht in der DDR geschehen ist. Unrecht hat kein Verfallsdatum. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Deshalb setzen wir uns auch für einen Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur ein. Diese Opfer verdienen Anerkennung und Respekt. Sie sind für uns die Helden der Freiheit.

Redakteur und Bundesvorstand danken Frau Connemann im Namen der VOS für die klaren Worte

(Foto: Internet)

Trotz Verbesserungen immer noch Handlungsbedarf

Landesbeauftragter Sachsens begrüßt Neuregelung zur Entschädigung von DDR-Unrecht

Der Sächsische Landesbeauftragte begrüßt das vom Deutschen Bundestag beschlossene Sechste Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR. Rathenow wörtlich: „*Die Entfristung der Reha-Gesetze ist ein wichtiger Schritt für die Aufarbeitung insgesamt, weil dadurch die Anerkennung von staatlichem DDR-Unrecht und dessen Wiedergutmachung auch in Zukunft unbegrenzt möglich sein wird. Die Streichung der Fristen zeigt, dass die Aufarbeitung von SED-Unrecht kein Verfallsdatum hat. Besonders hervorzuheben ist, dass endlich auch Opfer-gruppen berücksichtigt wurden, die bislang von Wiedergutmachungsbemühungen ausgenommen waren, wie die verfolgten Schüler oder die Zersetzungsopfer. Die Aufnahme dieser Verfolgungsschicksale in die Reha-Gesetze und der finanzielle Ausgleich dieser Schäden machen deutlich, dass politische Verfolgung nicht nur im Gefängnis stattfand. Die erstmals in den Reha-Gesetzen erwähnten Opfer von Zersetzungsmaßnahmen werden nicht nur symbolisch bedacht. Sicher werden nicht alle Ansprüche erfüllt.*

Aber mit dem Gesetz sind von den Abgeordneten einige wirklich starke Verbesserungen und Anspruchserweiterungen eingebracht worden. Sicher wird alles auf seine Praxistätigkeit geprüft werden müssen, aber jetzt ist den Abgeordneten und allen, die diese deutliche Verbesserung der Reha-Gesetze ermöglichten, zu danken. Zusammen mit den Leistungen aus dem Härtefallfonds in Sachsen, der Unterstützung für Opferverbände durch den Sächsischen Landtag und der Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landesbeauftragten ist Positives passiert in diesem Jahr. Unsere Behörde steht vor neuen Aufgaben und Möglichkeiten und wird bis zum Jahresende die Schwerpunkte einer neuen Beratungsoffensive planen.“

LStU Sachsen

SPD: Der Abwärtstrend ist als einzige klare Linie erkennbar

Wähler stehen vor einem Rätsel, Mitglieder vor dem Austritt

Ein Gastkommentar

Es ist eine Kette von Demütigungen, die den SPD- Bundesvorsitzenden zuletzt beschert wurde. Auf Siegmar Gabriel folgte Martin Schulz, danach kam Andrea Nahles, und nun wurde auch Olaf Scholz auf dem Seziertisch der Chaoten geschlachtet. Es waren stets Partei-Mitglieder von Format und Weitsicht, die es getroffen hat, die sich letztlich einem Mob wütender Besserwisser beugen mussten. Irgendwie hatte man immer einen Eindruck von geballten Fäusten und der Mentalität der sogenannten Wutbürger, wenn man sich für den nächsten Abschuss rüstete. Es erinnert an die Revolution in Frankreich, an den Sturm auf die Bastille vor 230 Jahren, wenn man sieht, wie gnadenlos und hämisch gestandene Parteimitglieder aus dem Weg geräumt wurden. Die Kampfansagen an die Öffentlichkeit tun ein Übriges. Der Kurs geht nach links, er geht gegen alle, die sich mit Vernunft und demokratischen Regeln für eine zuverlässige Politik einsetzen.

Was haben wir von dem neuen Duo an der Spitze der SPD zu erwarten? Der Wahlkampf und die Siegerreden waren weder rhetorisch noch programmatisch eine Verheißung. Es ist abzusehen, dass die Halbwertzeit dieses Duo kaum länger sein wird als die der beiden Vorgänger, zumal mehr hör- als sichtbar in der zweiten Reihe Fackelträger Kühnert lauert. Ihm kann es nur zupass kommen, wenn das blassgraue Führungsduo bald schon straucheln sollte, damit seine Stunde endlich schlägt.

Und dann? Wird es besser? Für die SPD, für die Koalition, für das Land? Nun, man müsste meinen, für die SPD kann es eigentlich nicht schlimmer werden. Wirklich?

Für die Koalition wäre es in der Tat besser, man würde sie beenden, denn für das Land käme es einer Erlösung gleich. Einmal „reset“ drücken, wie es in der PC-Sprache heißt, würde uns allen guttun.

Paul E. Thiesreuther

Den Kampf gegen das Unrecht bitter bezahlt

Wir erinnern an die stille Heldin Edeltraud Eckert

Im Januar 2020 würde die von uns allen verehrte Haft-Dichterin Edeltraud Eckert ihren 90. Geburtstag begehen. Dass sie überhaupt erst zur Dichterin werden konnte, hat mit ihren besonderen Lebensumständen, die tragisch und bewundernswert in einem sind, zu tun.

Geboren am 20. Januar 1930 im damaligen Hindenburg in Oberschlesien, kam sie mit ihrer Familie 1945 nach Brandenburg. Als aufgeschlossenes, den lyrischen Künsten verbundenes junges Mädchen legte sie hier ihr Abitur ab und nahm ein Studium an der Berliner Humboldt-Uni auf. Früh schon erkannte sie das Unrecht und die Unterdrückung im stalinistisch beherrschten Teil Deutschlands und begann, sich durch die Verteilung von Flugblättern am Widerstand zu beteiligen. Doch man kam ihr auf die Spur, so dass sie im Mai 1950 verhaftet und zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. Erst in dieser Zeit wurde aus ihr die Dichterin, deren melodisches, von unübersehbarer Schwermut geprägtes Werk dann Jahre nach ihrem Tod der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte.

Dass ihr Schicksal und ihre Bedeutung noch immer nicht ausreichend gewürdigt werden, ist weniger dem zwangsläufig schmal gehaltenen Gesamtwerk zuzuschreiben als vielmehr der Deutlichkeit des Verbrechens, das an dieser jungen Frau, eigentlich noch ein Mädchen, begangen wurde.

Edeltraud Eckert hat nichts anderes getan als wenige Jahre zuvor Sophie Scholl, die heute in anerkennenswerter Weise verehrt wird. Sie hat sich gegen das Unrecht gewehrt, sie wollte nicht zusehen und nicht hinnehmen, was sie selbst nicht ertragen konnte. Das Urteil von 25 Jahren kam letztlich einer Todesstrafe gleich, zumal ihr innerhalb der Zwangsarbeit die katastrophalen Arbeitsbedingungen und die unzureichende medizinische Versorgung 1955 zu einem unfassbaren Verhängnis wurden.

Die junge Frau wird als Heldin in unserem Gedächtnis und unseren Herzen bleiben. *Valerie Bosse*

Gedenken und Zusammensein standen an erster Stelle

Jahresabschluss der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal

Am 30. November 2019 lud unsere VOS- Bezirksgruppe zur traditionellen Jahresabschlussveranstaltung in den festlich geschmückten Saal in die Ratsstube Chemnitz ein. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Holker Thierfeld gedachten wir in einer Schweigeminute der jüngst verstorbenen Kameradinnen Lenchen Köhler und Rosel Werl (ausführlicher Nachruf in voriger Freiheitsglocke).

Im Beisein unserer Gäste, Herrn Lutz Rathenow (Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED- Diktatur im Bundesland Sachsen), Herrn Detlef Müller (MdB), Herrn Jürgen Leistner (CDU-Stadtrat) und Herrn René Mann (Geschäftsführer der CDU- Stadtratsfraktion) blickten wir auf das ereignisreiche Jahr zurück.

Da Hanka Kliese (MdL) der Einladung aus gesundheitlichen Gründen nicht folgen konnte, schickte sie den Kameradinnen und Kameraden ein persönliches Grußwort.

Nach den Redebeiträgen von Detlef Müller und René Mann informierte Lutz Rathenow u. a. über die Gesetzesänderung bei der Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR.

Zum Abschluss ließen wir die Veranstaltung beim gemeinsamen Mittagessen in vorweihnachtlicher Atmosphäre ausklingen. Wir danken allen Gästen für die schöne Veranstaltung und wünschen den Kameradinnen und Kameraden, ihren Angehörigen und allen Freunden eine besinnliche Weihnachtszeit und ein frohes Fest. *Dr. Steffi Lehmann*

Betteln um Almosen?

Ein offenes Wort zum Jahreswechsel

🕭 30 Jahre Einheit!? Wo bleiben Würdigung und ehrliche Entschädigung der Politischen Häftlinge, der Flüchtlinge und der mindestens 500.000 Antragsteller auf *ständige Ausreise aus der DDR*? Es gibt Almosen für ehemalige politische Häftlinge, für Andersdenkende und Widerständige – sonst nichts! Daran hat sich bis heute NICHTS geändert. *Fritz Schaarschmidt*

Komfort-Zelle: So ließ und so lässt sich der Knast ertragen

Ein Einblick in die sozialen Standards für eingesperrte, kriminell tätige Mitmenschen

Als ich noch in Bochum selbständiger Werkstattbetreiber war, hatte ich einen Gefängniswärter als Kunden. Der vermittelte mich in den Knast, weil dort Fußbälle genäht wurden und ich von mehreren Auftraggebern eine dringende Nachfrage zur Reparatur von Lederfußbällen hatte.

Als ich also eines Tages die Genehmigung bekam, die Bochumer Haftanstalt zu betreten und vor der Zellentür des zuständigen Vollzugsbereiches stand, musste ich mir zunächst die Augen reiben. Dort war ein Zettel mit der Aufschrift „Vorsicht, frei fliegende Vögel, bitte anklopfen!“ angebracht.

Ich hielt diesen Hinweis zunächst für einen Joke, weiß man doch aus eigener Erfahrung, was man sich in der Haft selbst so zurechtgesponnen hatte bzw. was andere Knastbrüder einem an haarsträubenden Märchen auftischten. Dazu muss man wissen, dass Ende der 1970er Jahre in der Bochumer Vollzugsanstalt sogar Mitglieder der Bader-Meinhof-Gruppe einsaßen. Somit war bzw. ist dies kein Gefängnis, mit gelockerten Haftbedingungen und schon gar nicht mit dem Standard eines privaten Zoos.

Doch nach Öffnen der Zellentür wurde ich eines Besseren belehrt und wollte erst mal nicht glauben, was ich sah: Diese zwei Zellen-Insassen hatten wirklich Wellensittiche, die in der Zelle umherflogen. Und ich muss sagen, die Räumlichkeit war auch sonst recht komfortabel eingerichtet.

Übrigens, da ich damals selbständiger Schuhmachermeister und immer sozial eingestellt war, habe ich die zwei Häftlinge später in meiner Firma eingestellt. Das ist allerdings eine andere Geschichte, die ich mir ein zweites Mal genauer überlegen würde …

Nun noch mal zum Niveau der Zelleneinrichtung. Hinter der eigentlichen Zellentür befand sich der Arbeitsraum mit Schrankwand, Schreibtisch und zwei Betten. In der Raummitte war die „Ziege“ aufgestellt. Das ist eine Sitzbank mit zwei großen Spannbacken aus Holz. Mit diesem Gerät arbeitet der Sattler, indem er das Werkstück einspannt und dadurch beide Hände zum Nähen frei hat.

Die beiden Häftlinge hatten dort Mengen an vorgestanzten Lederstücken, die sie zum Fußball zusammen nähen mussten, zu liegen. Spezielle Werkzeuge ermöglichten die Arbeit und waren für meine Reparaturaufträge unabdingbar. Meine Auftraggeber waren angesehene Fußballvereine und ein großes Sporthaus. Die Nachfrage bzw. der Bedarf an Fußballreparaturen war damals so groß, dass sogar im Bochumer Stadion Reklame gemacht wurde. Mit der Gefängnisverwaltung hatte ich einen Pauschalvertrag abgeschlossen, wonach pro repariertem Ball gleich, also unabhängig vom Arbeitsaufwand, abgerechnet wurde. Die beiden Gefangenen wurden hingegen von der Verwaltung der StVE entlohnt. Ich stopfte, weil ich ihnen einen Gefallen tun wollte, in die zu reparierenden Bälle schwarzen Tee und Tabak und machte sie damit glücklich.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

Ihr wesentliches Anliegen aber war ein Arbeitsvertrag, wodurch die Aussicht auf eine frühere Entlassung steigen würde. Ich nahm den Auftrag an, und somit kamen beide vorzeitig auf freien Fuß und fingen bei mir an zu arbeiten. Leider gingen sie nach und nach weg. Die Karriere im kriminellen Milieu war wohl doch lukrativer und die Aussicht auf eine Rückkehr in den Knast schien keine Abschreckung zu sein. Kein Wunder, denn zu den weiteren Annehmlichkeiten in ihrer Zelle zählten auch Radio, Fernseher und sogar eine Kaffeemaschine.

Ich weiß auch noch, als ich 1974 endlich in den Westen ausreisen durfte und das erste Mal (nach meiner Haftzeit) im Fernsehen sah, wie von Hungerstreikenden berichtet wurde, die schon 68 Tage nichts zu sich genommen hatten, staunte ich ebenfalls. Als ich die Tropf-Flaschen am Bett entdeckte, war ich ernüchtert. Bei der Stasi war in einem solchen Falle rigoros anders verfahren worden. Man machte mit Hungerstreikenden kurzen Prozess, indem man von außerhalb der Zelle die Heizung auf Volldampf stellte und dem Insassen sowohl das Wasser über dem Waschbecken entzog wie auch die Spülung am WC abdrehte. Nach drei Tagen hörte man den Häftling vor Verzweiflung betteln und schreien weil er es nicht mehr aushielt. Die Stasi ließ den Betreffenden dann absichtlich längere Zeit im wahrsten Sinne des Wortes schmoren. Sein Widerstand sollte ihm eine Lehre und Bestrafung zugleich sein.

Jürgen Krahn
VOS-Mitglied und Zeitzeuge

Antrag der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 4. Juni 2019 in Drucksache 19/10614. Forderung Nr. 15 (von insgesamt 25):

… die Haftzwangsarbeit auch und insbesondere von politischen Häftlingen vermehrt in den öffentlichen Diskurs zu setzen und darauf aufmerksam zu machen, dass Haftarbeit in der praktizierten Form der Zuteilung – unabhängig von persönlicher, geistiger, körperlicher oder gesundheitlicher Eignung – Gefahren für Leib und Leben sowie psychische und soziale Folgen bedeuten konnten …

Ich müsste mich eigentlich eines Kommentares enthalten

Eine kritische, aber nicht unberechtigte Meinung zur Erhöhung der Opferrente um 30 Euro

✉ Es ist zu begrüßen, dass das vorgesehene Gesetz einige Verbesserungen bringt. Das ist wieder ein Schritt. Allerdings, und dies ist zu beanstanden, wäre die Gewährung eines Inflationsausgleiches sinnvoller gewesen. Unter diesem Gesichtspunkt ist das, was jetzt kommt, nicht gut gemacht. Daher bin ich nicht sicher, dass ich dem Bundesrat eine Zustimmung empfehlen würde. Nehmen wir den Verlauf, so wird einiges ersichtlich. So sind es fünf Jahre seit der Erhöhung von 250 auf 300 Euro her. Ich bin nicht sicher, dass die jetzt gewährten 30 Euro pro Monat der Steigerung der Inflationsrate entsprechen. Umso skeptischer bin ich, dass man im Jahr 2025 die Möglichkeit einer erneuten Steigerung noch überprüfen will.

In der Drucksache 53719 des Bundestags stellt der Rechtsausschuss des Bundesrates heraus: „Mit dieser Erhöhung wird auch die besondere Würdigung und Anerkennung des Widerstandes ehemaliger politischer Häftlinge gegen das SED-Unrechtsregime und der deswegen erlittenen Haft erneuert."

Dies möchte ich nicht weiter kommentieren. Meine Vorstellungen bezüglich der Anhebung der Opferrente lagen in einem anderen Bereich:

1. Eine Erhöhung von monatlich 50 bis 100 Euro. Dazu Festschreibung eines Inflationsausgleiches. Falls tatsächlich eine Überprüfung sein sollte, dann nicht erst in fünf Jahren, sondern viel früher.
2. Die Opferrente sollte endlich eine Ehrenrente für alle Betroffenen werden und nicht an Bedürftigkeitsklauseln gebunden sein.

Mit der nunmehrigen monatlichen Anhebung um 30 Euro gewährt der Rechtsausschuss jedem Opfer eine zusätzliche Leistung von einem Euro pro Jahr seit dem nun 30 Jahre zurückliegenden Mauerfall.

Ist das wirklich eine große und messbare Anerkennung?

Ich hoffe, es ist hier noch was machbar und man wird meine berechtigten Einwände verstehen. Fragen möchte ich, was kann der Verband, was können wir als Mitglieder tun?

Ich wünsche allen Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke eine schöne Weihnacht und für das neue Jahr gute Gesundheit.

Karl-Heinz Genath, 93 Jahre

VOS fordert Solidarität mit Hongkonger Freiheitskampf

Eine Botschaft an die demokratischen Kräfte

Die VOS übermittelt zum Ende des Jahres 2019 den Menschen in Hongkong ihre Wünsche im Kampf gegen die Diktatur und sichert ihnen die Unterstützung und Solidarität im Bemühen um demokratische Rechte und Freiheit zu.

Dieses Jahr 2019 hat gezeigt, dass selbst eine absolutistische Diktatur, wie sie die Pekinger Machthaber ausüben, nicht unüberwindbar sein muss. Durch die Erfahrung aus der deutschen Teilung haben wir gelernt, dass irgendwann der richtige Zeitpunkt in der Geschichte kommen wird und – gegebenenfalls unerwartet – eine Wende eintritt. Besonnenheit, gemäßigter Mut und stiller und breiter Protest können mitunter die richtige Form des Widerstands sein.

Auch im neuen Jahr 2020 wird die Welt auf Hongkong schauen und an das Regime in Peking die Warnung richten: Kein zweites Massaker, keinen zweiten Juni von 1989, keine weiteren Toten. Und keine Duldung der Gewalt durch den Kommunismus stalinistischer Prägung.

Der Bundesvorstand
der Vereinigung
der Opfer des Stalinismus

Ehrung für seine Hilfsbereitschaft

Kamerad Alexander Wiegand mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Der 24. Oktober 2019 wird unserem Kameraden Alexander Wiegand aus Mühlheim a. d. Ruhr ganz bestimmt in dauerhafter Erinnerung bleiben. Aus der Hand des Mühlheimer Oberbürgermeister Ulrich Scholten erhielt er in Anerkennung für besondere Verdienste das Bundesverdienstkreuz.

Ich denke, dass ich im Namen aller Kameradinnen und Kameraden spreche, wenn ich Alexander dazu ganz herzlich gratuliere.

Alexander ist 1941 in Solingen geboren und wohnt jetzt in Mühlheim a. d. Ruhr. Als junger Mann hat er im Transitverkehr als LKW-Fahrer den Kalten Krieg täglich in seiner ganzen Härte miterlebt. Die Konfrontation mit menschlichen Tragödien infolge der deutschen und der europäischen Teilung, besonders im Bereich des Todesstreifens hat ihn persönlich tief bewegt. Er nutzte seine Kenntnis und die Möglichkeiten durch seine Transitfahrten, um als ehrenamtlicher Fluchthelfer einer Vielzahl von Menschen über die unmenschliche deutsch-deutsche Todesgrenze zu bringen.

Insgesamt waren es ca. 128 Personen, die durch ihn den illegalen Weg in die Freiheit fanden und denen dadurch viel Leid und Unrecht erspart geblieben ist. Für diesen persönlichen Einsatz ließ er sich – im Gegensatz zu manch anderem Fluchthelfer – nicht bezahlen. Er praktizierte die Fluchthilfe aus innerer Überzeugung, um ein bisschen menschliche Not zu lindern. Doch wie wir selbst oft erfuhren, blieb solche Tätigkeit auf Dauer nicht unentdeckt.

So kam es wie es kommen musste, Alexander Wiegand wurde im April 1972 anlässlich einer Fluchthilfe in Tschechien gefasst und verhaftet. Zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, wurde er wegen schwerer gesundheitlicher Probleme nach vier Jahren 1976 in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

In Mülheim fand er ein neues Zuhause und engagiert sich bis heute erneut für Menschen in Not. U. a. organisiert er mittels Spenden den Transport von strahlenkranken Kindern der Tschernobyl-Katastrophe nach Deutschland zur lebensrettenden Behandlung. Dafür erhielt er in St. Petersburg den russischen Orden „Herz von Danko“.

Aber auch den jungen Menschen will Alexander ein bisschen Geschichtsbewusstsein beibringen, und das auf spielerische Art. So hat er sich dafür eingesetzt, dass das in Tschechien entwickelte informative Geschichtsspiel „Across the iron curtain – über den eisernen Vorhang“ auch auf der deutschen Spiele-Messen in Essen zur Geltung kam. Weiterhin wird er auch als Zeitzeuge in unserem VOS- Zeitzeugenprojekt sein Wissen und seine Erfahrungen über die kommunistische Diktatur der jungen Generation in den Schulen von Nordrhein-Westfalen erzählen.

Wir sind stolz, einen Träger des Bundesverdienstkreuzes in unseren Reihen zu haben. Ich wünsche unserem Kameraden Alexander Wiegand weiterhin viel Tatkraft, Gesundheit und Lebensoptimismus für seine persönliche Zukunft.

Detlef von Dechend, BG Rhein-Ruhr

Tagebuch der kritischen Gedanken:

Unsere Weisheit –
unsere (strahlende) Zukunft

Atom- und Kohlekraftwerke abschalten! Sofort! Das fordern bzw. praktizieren gewisse Parteien im Lande mit blindem Eifer ...

Aber: Scheint keine Sonne und weht kein Wind, bricht die Energiewirtschaft hoffnungslos zusammen. Dann wird es finster (womöglich auch im politischen Sinne). Fragt sich: Woher kommt demnächst die Elektroenergie? Aus Nachbarländern, die marode Atomkraftwerke betreiben und sogar neue bauen, die auch nicht viel sicherer sind als die bereits existierenden und die sie möglichst nahe an der Grenze zu Deutschland aufstellen?

Man weiß, die Aussichten auf eine strahlende Zukunft steigen fast so schnell wie die Stromkosten von einem Jahr zum anderen. Es geht mit uns hoch hinaus auf Platz eins in der Welt, wenn nicht finanziell, dann wenigstens radioaktiv! Und für die Bundesbürgerin und den Bundesbürger wird das Leben teuer ... und immer teurer … und so oder so vielleicht auch etwas kürzer …

Wer nicht daran glaubt, dem sei gesagt: Wir schaffen das ...

Es freut sich strahlend mit euch …

… euer Fritz Schaarschmidt

Zum Ende des Jahres gedenken wir aller verstorbenen Kameradinnen und Kameraden, die dazu beitrugen, die VOS aufzubauen und den Opfern ein besseres soziales Netz zu schaffen. Wir tun dies auch, indem wir uns auch im neuen Jahr für Freiheit und Demokratie einsetzen.

„Helau, wir können reisen!“ – Ein Rückblick am 12.11. 2019

Einige Gedanken zum 30. Jahrestag der Grenzöffnung zwischen der thüringischen Stadt Sonneberg und der Kommune Neustadt im Landkreis Coburg auf der fränkischen Seite

Am 12. November 1989, einem frostigen Tag, öffnete sich um 8.00 Uhr die Grenze zwischen meiner Heimatstadt Sonneberg und unserer Nachbarstadt Neustadt bei Coburg.

Diesen Tag werde ich NICHT vergessen. Am Tag davor war ich zum Tanz, es war ja der 11. 11. 1989, somit Faschingsbeginn, im Gasthaus Klug in Steinach, einer Kleinstadt im Landkreis Sonneberg, die Anfang der 1960er Jahre durch die DDR-Fußballoberliga-Mannschaft *Motor* bekannt wurde.

Der Tanzabend stand damals unter dem Motto "Helau, wir können nun reisen!“

Keiner konnte ahnen, dass sich knapp 12 Stunden später nun auch die Grenze zwischen Sonneberg und Neustadt öffnen würde. Alle waren allein wegen der geöffneten Grenze in Berlin, was am 9.11. 1989 durch das ZK-Mitglied Schabowski verkündet worden war, in Freudentaumel verfallen.

Gut, alles schön, es war ein sehr lustiger Abend. Mein Bus brachte mich, nach einer feucht-fröhlichen Feier gegen 1.25 Uhr zurück in meine Heimatstadt Sonneberg. Da ich noch bei meinen Eltern meinen Wohnsitz hatte, sollte es eine kurze Nacht werden.

Gegen 8.15 Uhr weckten mich meine Eltern, teilten mir mit, dass sie nach Neustadt gehen werden. Ich fragte sie, über Eisfeld (es war ein regionale Grenzübergang an der B 4) gehen würden. Sie verneinten meine Frage und sagten, dass sie nach Neustadt gehen würden. Ich solle einmal den Radiosender Bayern 1 einschalten ... was ich auch sehr schnell tat.

Hier wurde verkündet, dass der Grenzübergang zwischen Sonneberg und Neustadt bei Coburg um 8.00 Uhr öffnen würde. Trotz der Folgen meines feuchten Vorabends hielt es mich nicht mehr, und ich begab mich auf den Weg in Richtung Neustadt, wo ich viele Freunde traf. Es war erstaunlich, wie viele Menschen man an diesem Morgen sah. So viele hatte man noch nicht einmal an den einstmals verordneten Mai-Demos gesehen.

Dennoch war es ein komisches Gefühl, als ich mit meinen Freunden die innerdeutsche Grenze erreichte. Sie war von meiner Wohnung nur 1,8 km entfernt.

Nun waren wir auf bayrischem Gebiet und wurden als Besucher von den Neustädter Einwohnern im Landkreis Coburg herzlich begrüßt. Fremde Menschen lagen sich vor Freude in den Armen.

Nachdem wir unser Begrüßungsgeld empfangen hatten, kaufte ich mir ein paar Jeans. Nun fragten wir uns, was wir denn machen sollten. So beschlossen wir, ein Bier in einer Gaststätte zu trinken und auf die neugewonnene Freiheit anzustoßen. Ich kann nur sagen: Das lohnte sich. Als man in der Gaststätte erfuhr, dass wir aus Sonneberg kamen, wurde es ein langer Tag, den wir mit unseren Neustädter Gastgebern ausgiebig feierten.

Am späten Abend begaben wir uns wohlgelaunt und mit schönen Eindrücken zurück nach Sonneberg. Am nächsten Morgen, es war ein Montag, musste ich zur Arbeit. Ich gehörte zu den wenigen Kollegen, die nach dem ausgiebigen West-Ausflug nicht verschlafen hatten. Allerdings wurde das Fernbleiben an diesem Tag niemandem übel genommen.

An den nächsten Tagen fiel allerdings auch die Schule aus, und die Betriebe konnten nicht arbeiten, da die wichtigen Mitarbeiter nicht am Arbeitsplatz waren.

Zudem war die Stadt Sonneberg in den nächsten Wochen wirklich *dicht*, da viele Auswärtige anreisten und von hier in Richtung Neustadt-Coburg wollten.

Am 23. 12. 1989 (Sonneberg machte eine Ausnahmereglung) öffnete sich die Grenze auch für Bundesbürger, und das erste gesamtdeutsche Weihnachtsfest fand statt.

Was die politische Wende und die darauf folgende Grenzöffnung für mich bedeutete, erfuhr ich erst viele Jahre später. Nach meiner Rehabilitierung nach dem 2. SED UnBerG/ VwRehaG im Jahr 1998 durch den Freistaat Thüringen begriff ich, auf was für einem Pulverfass ich gestanden hatte. Weitere Schikanen, Verfolgungen und eine mögliche Inhaftierung sind mir erspart geblieben.

Heute am 12. November 2019 dachte ich an den denkwürdigen Tag vor dreißig Jahren und die Erlebnisse zwischen Sonneberg, Neustadt und Coburg. Es ist schade, dass keine offizielle Veranstaltung an diesem historischen Ort stattgefunden hat und nur der regionale Radiosender RADIO EINS aus Coburg vor Ort war.

Im Oktober fand vorfristig zum 30. Jahrestag der Grenzöffnung eine Veranstaltung im Sonneberger Stadtteilzentrum Wolkenrasen statt. Referent war der Heimathistoriker Thomas Schwämmlein. Leider erschienen nur 15 Besucher.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
euer Kamerad Peter Heubach
Bezirksgruppe der VOS Suhl

Eine Botschaft, die für junge Menschen wichtig ist und Mut macht

Felix Heinz Holtschke referiert anlässlich des Mauerfalls an der Ursulinenschule in Werl

Auf große Resonanz stieß am 8. November im westfälischen Werl der Vortrag des VOS- Landesvorsitzenden NRW Felix Heinz Holtschke an der dortigen Ursulinenschule. Ausgehend davon, dass Schulen dieser Art nicht jedem und jeder geläufig sind, sei vorausschickend einiges über die Geschichte und das Profil dieser Bildungseinrichtungen angemerkt.

Die Ursulinenschulen haben eine sehr lange Tradition, ihre Gründung reicht ins 16. Jahrhundert zurück, wo sie in Italien und später in Frankreich unter dem Patronat des Ordens der Heiligen Ursula standen. Der Ursulinen-Orden förderte früh die Pflege und Entfaltung des christlichen Lebens in der Gemeinschaft, und er gründete Schulen, die zunächst für die Bildung und Erziehung von Mädchen vorgesehen waren.

Die Unterrichtsform der Geschlechtertrennung ist inzwischen Geschichte. Schon Anfang des vorigen Jahrhunderts wandelten sich die Verhältnisse. Unter dem Einfluss der Säkularisierung entwickelten sich die Ursulinenschulen zu modernen Bildungseinrichtungen mit umfangreichen Lern- und Interessenangeboten. In den Klassen werden gemeinsam Mädchen und Jungen unterrichtet, die Schulen existieren weltweit und erfreuen sich auch in Deutschland durch die Werte, die sie vermitteln, einer großen Nachfrage, und sie fanden entsprechende Verbreitung.

Grundlage von Erziehung und Wissensvermittlung sind weiterhin die christlichen Werte und die Tolerierung und Förderung des Individuums nach dem Ganzheitsprinzip – Eigenschaften, die dem pädagogischen Erziehungssystem des Sozialismus' fremd waren. Dort, wo einst die Porträts von Marx, Lenin und Honecker in den Klassenräumen hingen, waren ideologischer Drill, frühzeitige aktive militärische Einbindung von Kindern und Jugendlichen (Wehrkunde als Unterrichtsfach) in das Schulsystem und das bedingungslose Bekenntnis zur Politik der SED maßgebend. Ohne diese Voraussetzungen gab es in der DDR kein berufliches Fortkommen und kein unbelastetes Familienleben. Und wer sich im SED-Staat offen gegen das Regime stellte, riskierte erhebliche Nachteile, die bis hin zur Inhaftierung reichen konnten.

Es war also eine kompetente und nicht hoch genug einzuschätzende Entscheidung, dass die Ursulinenschule in Werl einen aktiven Zeitzeugen aus der Projektgruppe der VOS in NRW eingeladen hat, um den Schülerinnen und Schülern aus der Oberstufe sowie den Klassen der Stufe 10 aus authentischer Quelle Informationen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zukommen zu lassen. Und ganz sicher war es auch wichtig, dass man als Referenten gerade einen versierten Kameraden wie Felix Heinz Holtschke ausgewählt hatte, der zudem schon auf vielen Veranstaltungen aufgetreten ist und aufgrund seines persönlichen Schicksals aus fundiertem Wissen über die Zwänge in der DDR-Diktatur berichten kann.

Felix Heinz Holtschke, der in der Oberlausitz aufgewachsen ist, stand schon als Jugendlicher der Niederschlagung des „Prager Frühlings" ablehnend gegenüber. Seine staatskritische Haltung verfestigte sich mit den Jahren zusehends, so dass er in der DDR keine Zukunft für sich sah. Gemeinsam mit seiner Frau versuchte er 1982 in den Westen zu fliehen. Dies misslang. Es folgten mehrere Ausreiseanträge, die schließlich in die Verhaftung durch die Staatssicherheit mündeten.

Am Ende einer Kette von zermürbenden Vernehmungen erhielt Felix Heinz Holtschke wegen „Landesverräterischer Agententätigkeit" und „Republikflucht" eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Seine Frau entging der Haft, da sie zum selben Zeitpunkt schwanger war. Die Nachricht von der Geburt der ersten Tochter gelangte dann auch erst vier Tage nach der Entbindung zum inhaftierten Vater.

Wie Holtschke aus der Einsicht Stasi-Akten 1993 erfuhr, wurde ihm ausgerechnet von seinem besten Freund und einem Angehörigen übel mitgespielt. Seine Pläne und seine Haltung wurden hinterhältig an das MfS verraten. So schlimm wie das ist, bleibt dies jedoch kein Einzelfall.

Durch den damals von der Bundesregierung praktizierten Freikauf von politische Häftlingen der DDR kam Felix Heinz Holtschke dann nach einjähriger Haft in die Bundesrepublik.

Holtschkes Vortrag an der Ursulinenschule Werl wurde durch Dokumente, Fotos und Akten- Passagen bereichert, er widerlegte eindeutig die Meinung der vielen Nostalgiker und Verblendeten, dass die DDR ein politisches Zukunftsmodell für ganz Deutschland sein könnte und das Scheitern des System lediglich wegen seiner falschen Anwendung in der Praxis zustande kam.

Holtschke machte klar: Eine Diktatur lässt sich nicht auf eine demokratische Staatsform übertragen. Es ist daher ein Fehler, nur die NS-Diktatur aufarbeiten zu wollen und das Unrecht des kommunistischen Systems zu übergehen. Mit dieser Botschaft erreichte Kamerad Holtschke sowohl die Schülerinnen und Schüler wie auch das Lehrpersonal.

Viele tiefgehende Fragen, auch persönlicher Art, folgten, die Emotionen, die Nachdenklichkeit bei den Anwesenden waren deutlich spürbar. Und das dürfte uns allen Mut machen. *Tom Haltern*

„Geheimdienstliche“ Hindernisse mit Witz Raffinesse überwunden

Zweite Auflage von „Druckstellen“ erscheint. Führungen und Zeitzeugen-Vorträge möglich

Die Post und die Kunst agieren meist unabhängig voneinander. Doch manchmal finden sie zusammen. Die Kunstform, kreative Gegenstände oder gestaltete Nachrichten zu verschicken, nennt sich „Mail-Art“.

Auch in der DDR gab es eine kreative Mail-Art-Szene. Dass viele ihrer Adressaten im Ausland lagen, weckte den Argwohn der DDR-Behörden. Jürgen Gottschalk war einer der zentralen Akteure der Mail-Art-Szene in Dresden. Anfang der 1980er Jahre startete er zusammen mit anderen Aktionen, die mit ihrem Witz und ihrem politischen Hintersinn über die DDR hinweg nicht nur bei Insidern Beachtung fanden – und damit auch die Staatssicherheit auf den Plan riefen. Seinen Weg zur Kunst, einzelne Aktionen und seine Verfolgung beschreibt Gottschalk im Buch „Druckstellen“ lebendig und spannend. Eine Auswahl verschiedener Mail-Art-Postkarten überzeugt genauso wie die Veröffentlichung der kompletten Diplomarbeit eines Offiziers der Staatssicherheit über den „Fall Gottschalk“.

In einem Interview mit Nancy Aris erfährt der Leser, wie die Verfolgung bis in die Gegenwart nachwirkt und wie sich Jürgen Gottschalk seiner Vergangenheit stellt. Sein Mitwirken im Theaterstück „Meine Akte und ich“ an der Dresdner Bürgerbühne, seine Führungen in der „Gedenkstätte Bautzener Straße“ und seine Zeitzeugengespräche in Schulen, oft begleitet von unserer Behörde, sind eindrückliche Beispiele.

Abgerundet wird das lesens- und ansehenswerte Buch von einem Essay, in dem der Autor Jürgen Gottschalk über seine Erfahrungen nachdenkt und fragt, wie die unverarbeitete DDR-Vergangenheit in die Gegenwart wirkt. Dabei ist Gottschalk hochaktuell:

„Seinen kritischen Kopf hat er behalten. Und eigentlich ist es auch noch dieselbe Haltung, mit der er vor 40 Jahren seine Mailart-Kunst machte: sich nicht verbiegen, sich nicht von falschen Versprechungen einfangen lassen.“, rezensiert Ralf Julke von der „Leipziger Internet Zeitung“.

Der Verlag liefert gerade die Zweite Auflage der in diesem Jahr erschienenen Neuausgabe aus.

Jürgen Gottschalk /Fg

„**Druckstellen – Die Zerstörung einer Dresdner Künstler-Biographie durch die Stasi**“. Aus der Reihe des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, in der bereits etliche andere Werke zum selben Themenschwerpunkt erschienen und in der Freiheitsglocke vorgestellt worden sind.

Zweite Auflage der überarbeiteten und erweiterten Ausgabe 2019 | 200 Seiten | 12 x 19 cm | zahlreiche Abbildungen. Paperback | WGS 2557 | ISBN 978-3-374-05498-5

Pressekontakt des Landesbeauftragten im Bundesland Sachsen: Dr. Alexander O. Müller

Anm.: *Das vorgenannte Buch ist gebraucht und neu auch im Internet beziehbar (eine Amazon-Rezension). Es wird auch im ebook-Format angeboten.*

Potsdam: Der Geschichte ein Stück Wahrheit zurückgegeben

Gedenktafel an der ehemaligen Potsdamer Stasi-Zentrale erinnert nun an mutiges Vorgehen

Dreißig Jahre ist es her, und doch ist es in den zahlreichen „runden“ Jahrestagen, die wir derzeit begehen, ein besonderes Datum: Die Besetzung der Stasi-Hauptverwaltung in Potsdam am 4. Dezember 1989. Mehrere mutige Mitglieder des Neuen Forums verschafften sich an diesem Tag Zugang zu dem bis dato streng gesicherten Gebäudekomplex in der Hegelallee und retteten somit den Großteil der Akten vor der Vernichtung. Anschließend zogen sie weiter und betraten auch das Untersuchungsgefängnis des MfS in der Nuschke-Straße. Dies alles mag rückblickend friedlich und reibungslos scheinen, doch es war keineswegs an dem. Wusste man denn, ob bewaffnete Wachleute hinter den Türen lauern? Konnte man sich sicher sein, dass sich der damals gerade in Gang gekommene Prozess der Beseitigung der SED-Diktatur nicht umkehren und die Bürgerrechtler dann selbst hinter Gitter und Mauern kommen würde?

Im Gedenken an den historischen Tag hatte das Forum Brandenburg gemeinsam mit der Stadt Potsdam und der Landesbeauftragten Dr. Maia Nooke zur Enthüllung einer Gedenktafel an der ehemaligen Stasi-Hauptverwaltung eingeladen. Gekommen waren trotz des schlechten Wetters und der ungünstigen Uhrzeit (11 Uhr morgens) fast fünfzig Interessierte, darunter die Beigeordnete der Stadt und auch Frau Dr. Nooke, die sich – ebenso wie der der Vorsitzende des Forums Manfred Kruczek – voller Anerkennung äußerte.

Im späteren Diskussionsforum der Stiftung Lindenstraße konnte dann Gisela Rüdiger, die 1989 an der Besetzung teilgenommen hatte, authentisch spannend über die Aktionen berichten. *Tom Haltern*

Moskau: Der Solowezki Stein für die Opfer der Stalin-Diktatur

Der 30. Oktober ist der Tag des Gedenkens an die Opfer der politischen Repressionen

Das Mahnmal wurde am 30. Oktober 1990 in Moskau auf dem Lubjanka-Platz nahe der Zentrale des NKWD eingeweiht. Der Stein stammt von den Solowezki-Inseln im Weißen Meer. Dort befand sich das erste große Häftlingslager der Sowjetunion.

Jährlich werden seit 2006 in Moskau in einer von Memorial organisierten Veranstaltung „Wiederkehr der Namen“ jeweils am 29. Oktober – in der Nacht zum 30. Oktober, während zwölf Stunden Namen von Opfern der Repression Stalins verlesen. Die Teilnehmer haben „die Hoffnung, dass so die gesellschaftliche Rehabilitierung Stalins gestoppt werden kann“.

Im Jahr 2007 sprach Präsident Putin am 30. Oktober davon, dass die Millionen Ermordeten oder Deportierten „die Fähigsten waren, der Stolz der Nation“. Zuvor hatte er Stalins Verdienste bei der Industrialisierung der Sowjetunion und für den Sieg im Zweiten Weltkrieg gewürdigt.

Die Demokraten können sich nicht mit jenem „Gott-Stalin“ und dem „Teufel-Stalin“ gleichermaßen gut stellen. Wann und wo werden Grenzen gezogen? Wann und wie werden Opfer verhöhnt? Ohne die Aussagen von Präsident Putin, ist der Gedenkstein ein Ort des Gedenkens an die Opfer der Stalin-Diktatur.

Ein zentraler Ort für die Verbrechen der SBZ-, SED- und DDR-Diktatur würde Deutschland gut zu Gesicht stehen. Berlin wäre ebenso ein guter Platz wie die Gedenkstätte der Teilung Deutschland in Marienborn.

In Neubrandenburg versucht man allerdings diesen Gedenkort (das MfS-Gefängnis) der SED- und DDR-Diktatur aus dem Bewusstsein zu entfernen. Warum holt / unternimmt die Stadt nichts, um diesen wichtigen Ort des Gedenkens deutlicher in das Bewusstsein der Menschen zu rücken? Wenn man versucht, fragwürdige Auswüchse aus Kunst und Kultur der DDR verlässt man den Weg der Wahrheit.

André Rohloff (Text und Foto)

Anm.: *Das Foto zeigt den Gedenkstein mit einem Gebinde und eine Tafel mit Namen von Opfern.*

Eine Stadt in der Stasi-Klammer

Im Dezember 1981 besuchte Kanzler Schmidt als offizieller Staatsgast die DDR

Es ist jetzt 38 Jahre her, da nahm der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland als offizieller Gast eine Einladung der DDR an. Gastgeber war der damalige SED-Chef Erich Honecker, Ort des Treffens der beiden Politiker war die Kleinstadt Güstrow, die um den 12./13. Dezember zu einem mit Geister-Atmosphäre gestalteten Ort anzutreffen war.

Der "unrunde" Jahrestag

Kein Fremder (ohne Genehmigung) durfte in Güstrow Einzug halten, kein Einheimischer konnte einen unerlaubten oder unbeobachteten Schritt tun. Stasi, Volkspolizei und freiwillige Helfer prägten das Bild, man traf mit der Kulisse einer aufgebrochenen Schneedecke im Hintergrund auf das ungeschminkte Schreckensbild der sozialistischen Diktatur. Schätzungen zufolge waren zwischen 35.000 bis 40.000 Vertreter der Sicherheitsorgane im Einsatz. Für Erich Honecker waren dies zwei große Tage, wiewohl im Nachbarland Polen die kommunistische Bruderpartei die Situation genutzt hatte, um – gewiss nicht ohne Zustimmung Moskaus – über Nacht das Kriegsrecht über ein im Aufstand befindliches Land zu verhängen. Die Welt schaute auf den obersten SED-Vertreter, die Riege der internationalen Journalisten bevölkerte trotz Überwachung die freigegebenen Flächen in der Barlach-Stadt.

Honecker hatte zuvor die wiederholt gestellte Forderung nach einer Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR erhoben und zudem die Schließung der gefürchteten Straftatenerfassungsstelle im niedersächsischen Salzgitter verlangt. Beides, und das dürfte selbst dem naiven Gemüt des gebürtigen Saarländers klar gewesen sein, waren unerreichbar Illusionen. Helmut Schmidt war ein Mann von klaren politischen Zielen, er setzte, mag er auch etwas überheblich dahergekommen sein, den Kurs fort, den vordem die Gründungsverantwortlichen der Bundesrepublik festgelegt hatten: Es gibt ein Deutschland, eine Staatsbürgerschaft. Seinerseits wartete Schmidt mit der Forderung nach Senkung des Zwangsumtauschsatzes für West-Besucher der DDR auf. Die Höhe war einige Zeit vorher auf 25 D-Mark gestiegen, wodurch ein Besuch der DDR nicht mehr für jeden West-Bürger erschwinglich war. Erwartungsgemäß konnte kein einfacher DDR-Bürger in die Nähe von Kanzler Schmidt gelangen, was nicht heißen muss, dass es nicht zur Übergabe von Listen mit politisch Gefangenen kam. Denn das wusste oder ahnte man, dass solche Zusammenkünfte immer mit der Bitte um die „Lösung“ besonders dringlicher Fälle verbunden waren. Und natürlich kam es auch zu keinem Volksauflauf wie 1970 beim Besuch Willy Brandts in Erfurt, als auf einmal eine Menschenmenge lauthals im Chor den Namen des damaligen Kanzlers erschallen ließ. Man hatte seitens der SED gelernt, derartige Peinlichkeiten zu vermeiden. *Valerie Bosse*

Ein Wahnsinn, der noch in vielen Köpfen festsitzt und blind macht

Ein Kommentar über Wert und Aktualität der Schriften von Marx und Engels / von Siegmar Faust

Die Überschätzung von Marx, dem immer wieder neue Denkmäler gesetzt werden, das ist doch provozierend. Allein schon, wenn nur gefragt wird, was hat sich denn von seinen Utopien bewahrheitet, was hat er zur Veredelung des Kapitalismus, den er ja selber nachweislich bewundert hat, eigentlich beigetragen? Oder was ist aus all den nachfolgenden Staatslenkern geworden, die seine wirren Theorien oder das, was sie davon verstanden oder verstehen wollten, umzusetzen versuchten, eigentlich geworden? Tyrannen und Massenmörder, wohin das Auge blickt. Dazu die unübersehbare Verarmung und Versklavung der Massen, Verwahrlosung der Städte, Verwüstungen der Natur ... Nobel-Preise gab es nur für Dissidenten.

„Die Tragik des 20. Jahrhunderts liegt darin, dass es nicht möglich war, die Theorien von Karl Marx zuerst an Mäusen auszuprobieren."

Kapitalismus-Kritik gibt es zuhauf, da ist Marx nur ein kleines Licht. Marx und sein Freund Engels wollten mehr: die Welt verändern, den neuen Menschen und die neue Gesellschaft schaffen, das Paradies auf Erden errichten, ja, regelrecht er-richten! Allein schon deren angeblich philosophische Großtat, Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt zu haben, indem sie dümmlich behaupteten, dass das Sein das Bewusstsein bestimme. Marx als Anwaltssohn war das, was man Bildungsbürger nannte, Engels war sogar ein erfolgreicher Fabrikdirektor, ohne den Marx und seine Familie gar nicht hätte überleben können. Aber beide wollten etwas für die "Befreiung der Menschheit" tun. Ihr klassenkämpferisches Bewusstsein entspross ihrem Sein? Ihr exzentrisches Bewusstsein hat tatsächlich die Welt verändert. Fragt sich nur: zum Guten?

Oder nehmen wir deren darwinistische Stufenleiter vom Urkommunismus über die Sklavenhaltereposche, den Feudalismus und den anschließenden Kapitalismus, endlich über die kurze Phase der Diktatur des Proletariats, die lediglich die "Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft" (13,9) abzuschließen hat. Nach dem Ende der Geschichte folgt dann nur noch der: Kommunismus! „Das Reich der Freiheit". Da ist dann das Geld abgeschafft, jeder kann sich aus der Fülle des Produzierten nehmen, was er braucht, ohne noch einer aufgezwungen Arbeitsteilung verpflichtet zu sein, und man darf in dieser neuen Welt, wo *"die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt"* und es dem Einzelnen dadurch möglich werde, "heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, [...] ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden". (3,33)

Ja, dieses Kommunismus-Ideal scheint heute wieder nahe zu sein, denn Techniker und Wissenschaftler werden für uns die neuen 3D-Geschöpfe so programmieren, dass sie uns alle Arbeiten abnehmen und wir das Reich der Freiheit arbeitslos genießen können. Endlich! Wir müssen nur noch die lästigen Religionen abschaffen, denn Marx war überzeugt: "Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille ..."

Was würde ein Professor, von einem Schüler halten, der sich zum Studium bewirbt und der in seinem Abituraufsatz sechs Mal das Wort "vernichten" aufführt? Kein Wunder, dass sich Marx/Engels mehrmals offen zur Gewaltanwendung bekannten: "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." (4,493) Engels stimmt natürlich voll zu: "Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig."

Natürlich könnte man in diesem Wirrsinnswerk, das nun auf Kosten der Steuerzahler auf 140 Bände zur MEGA-Ausgabe erweitert werden soll, viele ähnliche widersprüchliche Aussagen finden. Denn: wer sucht, der findet selbst in der Jauchengrube noch nützliche Brocken.

Ich kann heute dem polnischen

Sciencefiction-Autor Stanislaw Lem voll zustimmen: "Die Tragik des 20. Jahrhunderts liegt darin, dass es nicht möglich war, die Theorien von Karl Marx zuerst an Mäusen auszuprobieren."

Aber auch der Blick in die Wirklichkeit, der mir durch Whitman geschärft wurde, ist Marx völlig abhanden gekommen. Er schlemmte sich durchs Leben, erpresste seine Eltern, erbte viel, was er schnell verschwendete, so dass er ständig Bettelbriefe schreiben musste.

→ Nächste Seite oben

→ vorige Seite unten

Auf dem Klappentext des Pilgrim-Buches "Adieu Marx" heißt es treffend: *In seiner psychosexuellen Studie untersucht Pilgrim, wie Marx mit seiner Ehefrau Jenny, der Haushälterin Helene und der Magd Marianne umging: großbürgerlich, autoritär-egozentrisch, frauenfeindlich, feudal-kapitalistisch. Er beutete aus, er benutzte, er setzte sich über die Interessen aller hinweg. Der "lendenstarke" (Marx über Marx) Bourgeois, der sich am Küchenpersonal delektierte, lebte im Widerspruch zu seinen eigenen Ideen und Postulaten..."*

Im Übrigen bezog Marx sein Wissen nicht aus dem wirklichen Leben, sondern aus Polemiken, Bibliotheken, Zeitungen. Ansonsten spielten er und sein Getreuer (Engels) alle gegeneinander aus, getrieben von Größenwahn, Hass, Ehrgeiz und einer unerklärlichen Mission, Gott sein und das Schicksal bezwingen zu wollen.

Es gab da dieses Geschichte mit dem Geheimdienstmann, zu der es z. B. im ML-Werk, Brief-Band 34, S. 477 wie folgt heißt (Marx an sein alter ego Engels): "Ich brauche Dir kaum zu sagen – denn Du kennst den französischen Chauvinismus – daß die Geheimfäden, wodurch die leaders von Guesde-Malon bis Clemenesceau in Bewegung gesetzt werden – entre nous [unter uns – d. Red.] ... wenn man für die Herren Franzosen wirken will, muß man es anonym tun, um das 'nationale' Gefühl nicht zu verletzen. Bereits beim jetzigen Stand der Dinge denunzieren die Anarchisten unsere Mitarbeiter schon als preußische Agenten unter Diktatur des *notorischen* preußischen Agenten - Karl Marx."

Wie auch immer, ich bin davon überzeugt, dass aus einer friedlich-freiheitlichen Gesellschaft nichts werden kann, solange die Krypto-Marxisten die Deutungshoheit im Lande, ja, in Europa haben dürfen.

Siegmar Faust

(Fotoquelle: Internet / fb)

Zitiert: Die Freiheit ist also das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem anderen schadet … Die praktische Nutzanwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des Privateigentums.

Karl Marx

Die Grenzer drückten uns einen Stempel in den Ausweis, und wir waren im Westen

Die erste Fahrt über die Grenze war 1989 wie ein Wunder. Die Erinnerung daran sollte immer präsent sein

Anfang November 1899 war ich zu einer Weiterbildung in der Kinderklinik in Rostock. Wir mussten uns dort noch von einem Mitglied des Politbüros der SED einen gewaltigen Vortrag zum Durchhalten anhören.

Am 11. November kam ich abends nach Hause (Halberstadt). Im Fernsehen sah man, wie an unserer Westgrenze eifrig an der Öffnung des "Eisernen Vorhangs" gearbeitet wurde. „Wir müssen am nächsten Tag in Richtung Stapelburg“, das war unser Plan. Unsere Tochter hatte am 12. November ihren 21. Geburtstag. Ihr Freund war zu Besuch, und wir vier wollten gleich am Morgen mit meinem 20 Jahre alten PKW Wartburg an den Grenzübergang fahren.

Gleich früh ging es los.

Auf einem Ackerstück hinter Stapelburg stellten wir das Auto ab. Zu Fuß ging es weiter. Dann sahen wir den Menschenstrom, der auf die Holzbrücke zustrebte, die vom THW (Technisches Hilfswerk) am Morgen gelegt worden war. Die DDR-Grenztruppen drückten uns einen Stempel in den Personalausweis, und wir waren im Westen. Dort gab es kostenlos heißen Kaffee oder Tee und Gebäck.

Nach einer kurzen Pause ging es im Wanderschritt in Richtung Bad Harzburg. Dort endlich angekommen, holten wir erst einmal von der Sparkasse das Begrüßungsgeld. Viele DDR-Bürger haben dieses Geld gleich in den Geschäften in Bananen und andere tolle Güter umgesetzt. Die Geschäfte waren wohl aufgerufen, diese Geld- Einnahmen gleich wieder zu den Banken zu bringen, denn die hatten offensichtlich nicht so viele 100-DM-Scheine für die Besucher. So war der Geldkreislauf den ganzen Tag gesichert.

Bei einbrechender Dunkelheit ging es mit dem Bus wieder zurück zur Grenze. Dort hatte das THW eine Straßenbrücke über die Oker notdürftig fertiggestellt.

Die ersten Trabis kamen uns schon entgegen. Unser Auto haben wir wiedergefunden. Damit ging es wieder nach Halberstadt. Die jungen Leute hatten gemeinsam einen wunderschönen Geburtstag erlebt. Die beiden haben auch bald geheiratet. Sie haben vier gemeinsame Kinder und schon zwei Enkel.

Damit bin ich nun schon Urgroßvater geworden. Damals war ich 51 Jahre jung, unsere Tochter hat in diesem Jahr auch ihren 51. Geburtstag.

Wie doch die Zeit vergeht. Dreißig Jahre Mauerfall. Dieses Ereignis brachte uns auch die Reisefreiheit. In diesem Jahr waren wir in Israel. Wer hätte das Anfang 1989 für möglich gehalten?

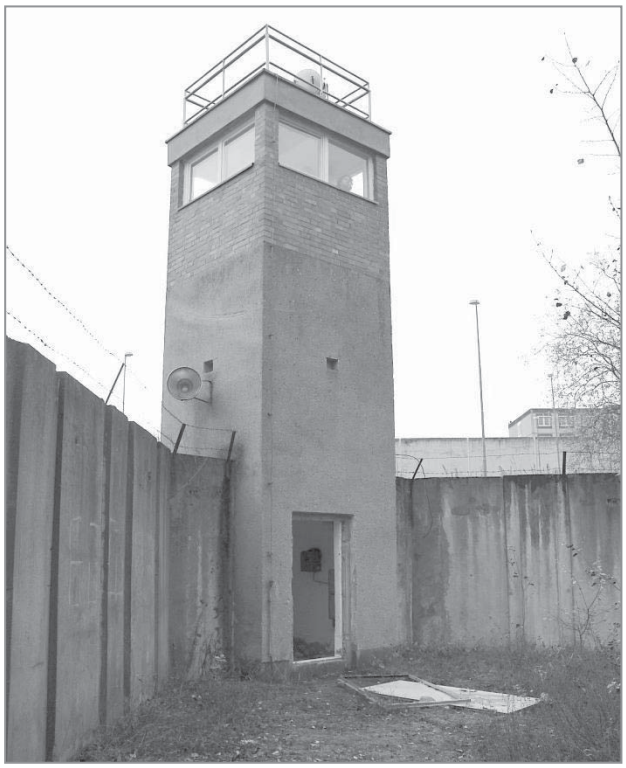
Hanns Osterloh

Gesprochenes Wort:
Berlin wird leben, und die Mauer wird fallen!
Willy Brandt, November 1989

Wir wollen erinnern und nicht verdrängen und verleugnen

Grobe Missstände in Neubrandenburg?

Sind die Überreste des MfS ein unerwünschtes Denkmal in Neubrandenburg? Erst auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus wurden die vier Wachtürme und die Mauerreste auf dem ehemaligen MfS-Gelände in Neubrandenburg unter Denkmalschutz gestellt, um an die Verbrechen der Stasi- und SED-Diktatur zu erinnern. Ein authentischer Ort aus der zweiten deutschen Diktatur bleibt so erhalten.



Inzwischen entwickelt sich der Ort allerdings zu einem Schandmal, da die Stadt nicht einmal ihrer Sicherungspflicht nachkommt, diesen Ort zusehends verwahrlosen lässt und bis heute kein Nutzungskonzept hat. Wie es heißt, möchte die Stadt Neubrandenburg hier in näherer Zukunft Wohnungen bauen. Da passt dann einiges irgendwie nicht mehr zusammen. Diese Erinnerungskultur erinnert an das Verdrängen der Verbrechen der Nationalsozialisten durch das deutsche Volk nach dem Ende der ersten deutschen Diktatur. Hier hat sich zum Glück ein Wertewandel vollzogen. Dies muss nun auch für die Orte der SED-Diktatur gelten!

Wir müssen erinnern und nicht verdrängen bzw. verleugnen.

Text und Foto: André Rohloff

F O R D E R U N G

Der Verband VOS setzt sich dafür ein, dass der Deutsche Bundestag das Zwangsregime der einstigen DDR als Unrechtsstaat anerkennt

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, das durch die ehemalige Regierungspartei SED verursachte Unrecht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der DDR durch ein gemeinsames bzw. durch die Mehrheit der Abgeordneten-Stimmen legitimiertes Votum als Unrechtsstaat zu definieren, damit eine sowohl politisch als auch geschichtlich klare Haltung zur zweiten deutschen Diktatur gegeben ist, an die sich auch die Medien zu halten haben und durch die die vielen Opfer dieser Staatsform moralisch rehabilitiert werden.

Begründung:

- In der DDR gab es bis zum Zusammenbruch des politischen SED-Regimes niemals freie Wahlen. Die breite Forderung danach wurde bereits währen des Volksaufstandes im Juni 1953 ignoriert bzw. durch grobe militärische Gewalt erstickt. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung waren nicht bereit, die Staatspartei SED zu wählen.
- Die regierende Staatspartei SED konnte sich nur durch die Einführung und Ausübung von umfassenden Gewaltmaßnahmen an der Macht halten. An der Staatsgrenze zur Bundesrepublik und zu Westberlin wurden mehr als eintausend Menschen getötet. Die Regierung der DDR entwickelte hierzu spezielle Tötungsstrategien. Während der gesamten Zeit ihres Bestehens wurden in der DDR Menschen verfolgt, inhaftiert und widerrechtlich verurteilt. Dies geschah, weil Menschen vom Recht der Rede- und Meinungsfreiheit Gebrauch machten. Durch die Regierung wurde zugelassen, dass Menschen in ihren Wohnungen abgehört wurden und das Organ MfS heimlich in die Wohnungen eindrang.

Im Namen der SED-Opfer
Der Bundesvorstand der VOS

Wir trauern um

Karl Menge	**Bezirksgruppe Prenzlau**
Hans-Joachim Kobert	**Bezirksgr. Königs-Wst.hausen**
Wilmar Leistner	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Joachim Hänel	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Günter Scharf	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Martina Heimes	**Bezirksgruppe München**
Jürgen Stephan	**Bezirksgruppe Gera**
Günter Prescher	**Bezirksgruppe Cottbus**
Harald Möller	**Bezirksgruppe Suhl**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Metallurgie

Ein Gleichnis aus schweren Tagen

Das Erz und das Eisen waren gut und rein.
Der Reinheitsgrad vom Stahl war rein,
der Stahl war zäh!
Die ihn dennoch brechen wollten,
wussten jedoch nicht,
dass sie ihn durch Biegen und Schlagen
nur noch härten konnten.

Hans Helmut Schulze

Über den Autor des vorstehenden Gedichts:

- *Dr. Ing. (RWT Aachen 1979)*
- *Dipl.-Ing. (TU Berlin-West 1974)*
- *Studium 1965 bis 1970 (TU Bergakademie Freiberg, ohne Abschluss)*
- *Fachrichtungen Hüttenkunde / Eisenhüttenkunde Haftentlassung am 13. 11. 1972, nur mit einem Entlassungsbescheid und ohne Geld und ohne jedes Vermögen.*

Lyrisch musikalische Erinnerungen

Alexanderplatz erlebt denkwürdige Veranstaltung mit authentischer Musiklegende aus Prag

Die im südthüringischen Leimrieth geborene Journalistin Doris Liebermann, die 1977 aus der DDR ausgebürgert wurde, hat zum Mauerfall-Jubiläum in Berlin interessante Lesungen und Konzerte mit Blick auf Osteuropa für die Stiftung Berliner Mauer organisiert. So auch das Konzert des tschechischen Liedermachers Jaroslav Hutka am 9. November 2019 auf dem Alexanderplatz (Foto), der 1978 als Mitunterzeichner der „Charta 77“ die Tschechoslowakei verlassen musste und bis zu seiner Rückkehr 1989 in den Niederlanden im Exil lebte.

Hutkas Lieder wurden zum Symbol der Samtenen Revolution im November 1989 in der damaligen Tschechoslowakei. Nach dem Konzert von Hutka folgte ein weiteres mit der Berliner Sängerin Mona Mur zusammen dem Prager Rockmusiker Chadima, die Gedichte von Jürgen Fuchs aus dessen Lyrik-Band „Tagesnotizen“ interpretierten.

Trotz des nasskalten Novemberwetters waren die Konzerte gut besucht. *Thomas Purschke (Foto u. Text)*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de) , eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 807/ 808 erscheint Jan./ Februar 2020
Redaktionsschluss der FG 805/806 am 30.Nov. 2019